

Wahlprogramm
zur Abgeordnetenhauswahl 2011
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Berlin

„Freiheit kann man wählen“

(Beschlossen auf dem Landesparteitag
am 8./9. April 2011)

Quelle/Zitierweise:

http://www.fdp-berlin.de/files/643/Freiheit_kann_man_w_hlen_-_Wahlprogramm.pdf;
29.4.2014; Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-351

Freiheit kann man
wählen.

Das

Wahlprogramm

der Berliner FDP.

fdp-berlin.de

DIE NEUE
Wahlfreiheit

FDP

B e r l i n

Die neue Wahlfreiheit

DIE NEUE BERLINER FDP

Die FDP hat sich in den letzten Monaten insgesamt erneuert - personell und auch im Programm. Die Berliner FDP tritt bei dieser Wahl für Sie an - mit neuen Köpfen und einem neuen Programm: „DIE RICHTIGEN ANTWORTEN“.

- Wir gestalten eine Politik der Freiheit. Anderen Parteien, die möglichst alles staatlich reglementieren oder verbieten wollen, stellen wir uns entgegen. Denn wir wollen für Sie möglichst viel Raum für Entfaltungsfreiheit und Eigenverantwortung schaffen. Wie Sie Ihr Leben gestalten wollen, das geht die Politik nichts an.
- Wir wollen gleiche Chancen für alle Berlinerinnen und Berliner. Die Politik muss Chancen eröffnen, sie aber ergreifen, das kann und muss jeder selbst und in eigener Verantwortung.
- Bildungschancen und Wirtschaftswachstum stellen die Weichen für die Zukunft Berlins. Blütenträume und Heilsversprechungen sind nicht Sache der FDP. Unsere wachstumsorientierte Politik bietet eine reale Perspektive für Arbeit und Wohlstand in Berlin.

Für Freiheit, Chancengerechtigkeit und Selbstverantwortung steht in Berlin nur die FDP.

Warum spricht die FDP von „der neuen Wahlfreiheit“?

Wahlfreiheit ist nicht nur in der Wahlkabine wichtig, sondern auch in Ihrem Alltag. Wahlfreiheit haben Sie nur dann, wenn Sie selbst und eigenverantwortlich entscheiden können, wie Sie Ihr Leben gestalten wollen. Darum setzt echte Wahlfreiheit auch echte Alternativen voraus.

Die anderen Berliner Parteien wollen Ihnen immer genauer vorschreiben, wie Sie zu leben und sich zu verhalten haben - mit ständig neuen Vorschriften und Verboten. Aber mit jeder neuen Vorschrift, mit jedem neuen Verbot stirbt ein Stück Ihrer Freiheit.

Nur die Berliner FDP macht sich stark für weniger Bürokratie, weniger Verbote und mehr Freiheit. Mit unserer Politik der Freiheit bieten wir die Alternative zu den anderen Parteien: echte Wahlfreiheit für Sie.

Wir wollen, dass Sie entscheiden!

Sozialdemokratische und sozialistische Parteien haben wir mit Grünen, SPD, CDU und „Die Linke“ in Berlin schon genug. Alle haben sich der Verbotspolitik verschrieben und alle ordnungspolitisch-marktwirtschaftlichen Grundsätze über Bord geworfen. Nur noch die Berliner FDP vertritt die Interessen derer, die sich von Politik mehr erwarten als ständige Besorgnis, Bevormundung und Staatsgläubigkeit.

Einzig die Berliner FDP verteidigt Ihre Freiheit. Andere Parteien sehen sich als Vertreter der „herrschenden Meinung“, glauben, die Weisheit für sich gepachtet zu haben und ohne echten Dialog auszukommen. Wir sind überzeugt davon, dass „politische Korrektheit“ nie dazu führen darf, dass Berliner Probleme geleugnet oder totgeschwiegen werden. Wir nennen die Dinge beim Namen.

Wer Freiheit leben will, muss frei denken, sich frei äußern und vor allem in Zukunft frei entscheiden können.

Mit freien Köpfen Berlin neu denken -
echte Wahlfreiheit erleben:

DIE NEUE BERLINER FDP.



| | |
|--|----|
| PRÄAMBEL | 6 |
| BILDUNG | 8 |
| HOCHSCHULE UND WISSENSCHAFT | 13 |
| WIRTSCHAFT | 15 |
| STADTENTWICKLUNG UND BAUEN | 20 |
| MOBILITÄT UND VERKEHR | 22 |
| ENERGIE | 24 |
| HAUSHALT UND FINANZEN | 25 |
| ÖFFENTLICHER DIENST | 27 |
| VERWALTUNGSREFORM | 28 |
| INNERES UND SICHERHEIT | 29 |
| JUSTIZ | 33 |
| UMWELT | 35 |
| GESUNDHEIT | 36 |
| SOZIALES | 37 |
| FAMILIE, ZUSAMMENLEBEN UND MITEINANDER | 38 |
| INTEGRATION | 40 |
| SPORT | 43 |
| VERBRAUCHERSCHUTZ | 43 |
| KULTUR | 46 |

| | |
|---|-----------|
| PRÄAMBEL | 6 |
| BILDUNG | 8 |
| Bildungsvielfalt herstellen, Qualität sicherstellen, Gymnasien erhalten | 8 |
| Vorschulische Bildung | 8 |
| Schulbildung..... | 9 |
| Die Bürgerschule – die entgeltfreie „Privatschule“ für alle | 9 |
| Grundschule | 10 |
| Sekundarschule..... | 11 |
| Gymnasium | 11 |
| Lehrkräfte an den Berliner Schulen..... | 11 |
| Berufliche Bildung..... | 12 |
| Außerschulische Bildung | 12 |
| HOCHSCHULE UND WISSENSCHAFT | 13 |
| Freie Entfaltung für Lernende, Lehrende und Forschende..... | 13 |
| Wissenschaft, Forschung und Lehre | 13 |
| Universitätsmedizin | 14 |
| Private Hochschulen | 14 |
| WIRTSCHAFT | 15 |
| Mehr unternehmerische Initiative für mehr Wohlstand in unserer Stadt | 15 |
| Grundsätze unserer Wirtschaftspolitik | 15 |
| Die Chancen für Berlin nutzen! | 15 |
| Ansiedlungen fördern | 16 |
| Gründer fördern..... | 16 |
| Wachstumschancen bestehender Unternehmen verbessern..... | 17 |
| Potenziale der Metropolregion realisieren..... | 17 |
| Berlin als fairer Auftraggeber..... | 17 |
| Tourismuskwirtschaft ausbauen | 18 |
| Abgaben, Steuern und Kosten senken | 18 |
| Zusätzliche wirtschaftliche Dynamik durch Reduzieren des Beteiligungsportfolios | 19 |
| Arbeit/ Jobcenter | 19 |
| STADTENTWICKLUNG UND BAUEN | 20 |
| Strategische Planung für das Wachstum Berlins..... | 20 |
| MOBILITÄT UND VERKEHR | 22 |
| Mobilität als Bürgerrecht | 22 |
| ENERGIE | 24 |
| Energieversorgung wirtschafts- und umweltfreundlich gestalten..... | 24 |
| HAUSHALT UND FINANZEN | 25 |
| Solider und zukunftsfähiger Haushalt – ein Beitrag zur Generationengerechtigkeit..... | 25 |
| ÖFFENTLICHER DIENST UND PERSONALENTWICKLUNG | 27 |
| Schlank, leistungsfähig, hochmotiviert | 27 |
| VERWALTUNGSREFORM | 28 |
| Bürgerfreundlich, unternehmerfreundlich und effizient | 28 |

| | |
|--|-----------|
| INNERES UND SICHERHEIT | 29 |
| Sicherheit und Freiheit in Balance..... | 29 |
| Polizei | 30 |
| Feuerwehr und Rettungsdienste | 30 |
| Bürgerrechte | 30 |
| Datenschutz | 31 |
| Transparenz und Korruptionsbekämpfung | 32 |
| Direkte Demokratie und Wahlrecht | 32 |
| JUSTIZ..... | 33 |
| Rechtsstaat verteidigen, schnell und wirksam intervenieren..... | 33 |
| Gerichte/Staatsanwaltschaft..... | 33 |
| Kinder- und Jugendkriminalität | 33 |
| Strafvollzug..... | 34 |
| Opferschutz..... | 35 |
| UMWELT..... | 35 |
| GESUNDHEIT | 36 |
| Krankenhäuser und Universitätsmedizin..... | 36 |
| Gesundheitswirtschaft | 37 |
| Ärztliche Versorgung und Öffentlicher Gesundheitsdienst..... | 37 |
| SOZIALES | 37 |
| Effizienter Mitteleinsatz in Notlagen..... | 37 |
| Sozialmarkt..... | 38 |
| Barrierefreiheit..... | 38 |
| FAMILIE, ZUSAMMENLEBEN UND MITEINANDER | 38 |
| Verantwortungsgemeinschaft im Mittelpunkt..... | 38 |
| Jugend und Jugendhilfe..... | 39 |
| Kinderschutz | 39 |
| Frauen und Gleichstellung..... | 39 |
| Schutz und Gleichstellung homosexueller und transsexueller Menschen..... | 39 |
| Senioren | 40 |
| INTEGRATION | 40 |
| SPORT..... | 43 |
| VERBRAUCHERSCHUTZ | 43 |
| KULTUR | 43 |
| Kulturförderung | 44 |
| Kulturelle Bildung..... | 45 |
| Kreativwirtschaft..... | 45 |
| Medien | 45 |
| INDEX | 46 |

PRÄAMBEL

Berlin im Jahr 2011

Berlin ist eine großartige, international herausragende Stadt. Wir wollen nicht länger hinnehmen, dass die Berlinerinnen und Berliner seit über zwei Jahrzehnten unter Wert regiert werden!

Unsere Stadt ist bei Arbeitslosigkeit und Armutsquote Spitzenreiter. Der Lernerfolg unserer Schüler ist, vor allem gemessen an den Mitteln, die der Senat dafür zur Verfügung stellt, der bundesweit schlechteste. Wir sind hochverschuldet und geben trotzdem immer noch zu viel Geld aus. Wir leisten uns eine teure und ineffiziente Verwaltung mit viel zu vielen Vorschriften, Verboten und Regeln. Das jährlich wiederkehrende S-Bahn-Chaos, der blamable auf einem undurchsichtigen Verfahren beruhende Flugroutenstreit und die in vielen Bereichen unnötig hohe Steuer- und Abgabenlast sind Beispiele für das Versagen der Berliner Regierung. Verlässliche Rahmenbedingungen für das Leben in unserer Stadt zu setzen ist der Senat nicht in der Lage.

Positive Entwicklungen in Berlin sind oftmals trotz der Politik des Senats und der Bezirksverwaltungen zu beobachten, nicht wegen dieser Politik. Sie sind in vielen Fällen auf das eigenverantwortliche Engagement der Bürger zurückzuführen, das oft genug durch die Verwaltung behindert statt gefördert wird.

Die anderen Parteien haben sich mit dieser Situation abgefunden und beschränken sich im Rahmen ihrer Sozi-

al-, Arbeitsmarkt-, Bildungs- oder Integrationspolitik vor allem auf die Bekämpfung von Symptomen. Statt mehr Handlungsfreiheit, Selbstverantwortung und Initiative zu schaffen, sollen immer mehr Regelungen und Verbote die Bürger beschneiden. Individuelle Lebensrisiken wälzen sie reflexhaft auf die Allgemeinheit ab.

Mehr Mut zur Freiheit

Wir Liberale konzentrieren uns darauf, die Ursachen für die Schwierigkeiten unserer Stadt zu finden. Wir bieten Lösungen dafür an, dass Berlin sich wieder hin zu einer wachsenden und zukunftsfähigen Metropole entwickelt.

Wir sind die einzige politische Kraft, die die Freiheit des Einzelnen in allen Lebensbereichen zum entscheidenden gesellschaftlichen Gestaltungsprinzip macht. Nur wir Liberale haben den Mut, auf die Fähigkeiten der Menschen zu vertrauen. Wir wollen, dass jeder in Berlin seine Chancen ergreifen kann und der Staat die Entfaltungsräume dazu schafft. Unsere Politik wendet sich gegen ein bevormundendes Ordnungs- und Planungsdenken, das sich allein vom Staat die beste Zukunftssicherung verspricht. Die Grundprinzipien von Startchancengerechtigkeit und Eigenverantwortung, von Leistungsbereitschaft und Wettbewerb sollen wieder Grundlage der politischen Entscheidungen werden.

Die FDP setzt sich für eine konsequente Rückführung des Staates auf seine Kernaufgaben ein. Der Einzelne kann in der Regel besser für sich selbst entscheiden. Wir wollen einen schlanken, aber starken Staat, der in der Lage ist, die von ihm gesetzten Regeln auch zu kontrollieren und Verstöße zu sanktionieren.

Die Richtigen Antworten

Die Ursache vieler unserer Berliner Probleme ist die mangelnde wirtschaftliche Prosperität in unserer Stadt. Die Menge und Dichte der Vorschriften und Regelungen macht Berlin zu dem Bundesland mit der derzeit „höchsten wirtschaftlichen Unfreiheit“, wie Studien belegen. Dabei kann nicht der Staat kontinuierliche Wachstumseffekte erzeugen, sondern nur die Unternehmen und Bürger. Berlin fehlt



es aber an Unternehmern genauso wie an privatem Kapital, das in unserer Stadt investiert wird. Der Staat muss daher Rahmenbedingungen schaffen, um die von unnötigen staatlichen Einflüssen freie wirtschaftliche Betätigung des Einzelnen zu ermöglichen.

Kernvoraussetzung dafür ist eine gute Bildungspolitik. Denn der Einzelne kann nur dann selbstbestimmt durch sein Leben gehen, wenn er sich früh die Grundlagen dafür aneignen konnte. Seit Jahren praktiziert Berlin bei der Schulbildung eine Nivellierung nach unten durch rot-rot-grüne Gleichmacherei. Die rot-rot-grünen Experimente im Bildungswesen sind wesentliche Ursache dafür, dass das Berliner Bildungssystem im Vergleich mit dem anderer Bundesländer so schlecht abschneidet. Während Berlins Schulen fehlende Handlungsfreiheit und Wettbewerb beklagen, sehen sie sich mit leistungsfeindlicher Gleichmacherei und bürokratischer Gängelung konfrontiert. Dies gilt es zu ändern. Wir werden den Berliner Bildungseinrichtungen den dringend benötigten Handlungsspielraum einräumen, damit sie sich ein eigenständiges Profil erarbeiten und die ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen individuell und effektiv fördern können. Gleichzeitig wird der Kampf gegen Gymnasien und freie Schulen ein Ende finden.

Wir Liberale wollen eine Kultur der Achtung und des Erfolgs in Berlin. Wenn wir das Potenzial und die Kreativität der Berlinerinnen und Berliner sich entfalten lassen, wird das Ergebnis der ganzen Stadt, uns allen, nutzen. Wir wol-



len individuelle Unterschiede aufgrund von Leistung zulassen. Dies setzen wir dem gleichmacherischen Bild von Gerechtigkeit unserer politischen Mitbewerber entgegen, die dem Einzelnen vorgeben wollen, was für ihn richtig oder falsch ist.

Am 18. September 2011 haben Sie die Wahl. Sie müssen entscheiden, wie es mit Berlin weitergeht und wie die drängenden Fragen unserer Stadt beantwortet werden sollen. Wir stehen für eine Politik, die nicht sinnentleerte Personalisierung sondern glaubwürdige und schlüssige Inhalte in den Mittelpunkt stellt. Sie entscheiden über die Zukunft unserer Stadt.

Die richtigen Antworten für Berlin hat nur die FDP!

Ihr Christoph Meyer MdB
Landesvorsitzender der FDP Berlin

BILDUNG

Bildungsvielfalt herstellen, Qualität sicherstellen, Gymnasien erhalten

Die Qualität des Bildungssystems bestimmt maßgeblich darüber, wie sich das naturgegebene Potenzial jedes einzelnen Menschen entfalten kann. Gleichzeitig ist ein konkurrenzfähiges Angebot an Kitas, Schulen und Universitäten Voraussetzung für soziale Stabilität und gesellschaftliche Innovationskraft. Mit zunehmendem internationalem Wettbewerb steigt der Druck, die Leistungsfähigkeit unserer Bildungseinrichtungen zu stärken. Dies kann nur gelingen, wenn wir Bildung als gesamtstaatliche Aufgabe begreifen und die Blockaden innerhalb unseres föderalen Bildungswesens beseitigt werden. Nur so kann eine echte Bildungspartnerschaft von Bund und Ländern entstehen.

Für uns sind Vielfalt in der Bildungslandschaft und individuelle Förderung leistungsstarker ebenso wie leistungsschwacher Kinder oberstes Gebot. Eine minderwertige Bildung für alle – das ist für uns Liberale undenkbar. Wir wollen die Bildungsvielfalt und die Qualität der Bildung stärken.

Die unzähligen „Reformen“ der letzten Jahrzehnte haben weder die Leistung der Berliner Kinder verbessert noch die Bildungschancen erhöht, trotz der höchsten Bildungsausgaben bundesweit.

Es gibt kein schlechteres Zeugnis als das für eine zehnjährige verfehlte rot-rote Bildungspolitik! Ideologisch motivierte Schulexperimente auf dem Rücken der Kinder lehnen wir ab. Nicht die Menge an eingesetztem Geld sondern der Bildungserfolg muss Maßstab guter Bildungspolitik sein. Das Schaffen von Startchancengerechtigkeit für ein selbstbestimmtes Leben ist unser Leitbild.

Wir wollen den Bildungseinrichtungen endlich mehr Freiheit geben! Vertrauen wir den Menschen, die in Kitas und Schulen tätig sind – den engagierten Lehrkräften, Eltern und Schülern – denn sie wissen am besten, wo an ihrer Schule der Schuh drückt! Beschränken wir endlich die Regelungsdichte des Berliner Schulgesetzes und der Verwaltungsvorgaben auf das Notwendige!

Wir wollen mehr Chancengerechtigkeit schaffen. Das gelingt vor allem dann, wenn wir die frühkindliche Bildung

besser ausbauen, den Übergang von der Kita zur Grundschule besser strukturieren und die Eltern nicht von ihrer Verantwortung entbinden.

Wird sich die FDP für Gymnasien oder die Einheitsschule einsetzen?

Wir würden auch beim Fußball die Idee einer Einheitsliga doof finden.

fdp-berlin.de

DIE NEUE FDP
Wahlfreiheit Berlin

Vorschulische Bildung

Unsere Priorität liegt in der Gewährleistung einer möglichst hohen Bildungs- und Betreuungsqualität und nicht in einer minderwertigen Verwahrung der Kinder. Wir werden daher in eine bessere Betreuungsqualität investieren, um die Förderbedingungen der Kinder zu verbessern und Erzieherinnen und Erzieher in ihrer wichtigen Arbeit zu unterstützen.

- Im Alter von drei Jahren wollen wir einen ersten verbindlichen Sprachstandstest durchführen. Defizite sollen in einer verbindlichen START-Klasse bis zum Schulanfang behoben werden.
- Wir wollen, dass neben sozialen Kompetenzen wie Respekt und Hilfsbereitschaft Tugenden wie Pünktlichkeit, Disziplin und Leistungsbereitschaft schon im Rahmen der frühkindlichen Bildung vermittelt werden.
- Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Kita und Schule verbessern, um die Bildungsqualität in Kitas zu steigern.
- Die Bildungsleistung aller Kitas wollen wir regelmäßig überprüfen, damit Wettbewerb zwischen den Kitas hergestellt wird und die Qualität stimmt.
- Eine generelle Kitapflicht lehnen wir ab – sie ist verfassungswidrig und würde zudem die

- Wahlfreiheit der Eltern über Gebühr einschränken.
- Die großen Kita-Eigenbetriebe wollen wir auflösen und die Kitas auf freie Träger übertragen. Das fördert die Vielfalt und die Qualität der Bildungseinrichtungen.
- Wir wollen eine gute Kita mit engagiertem und gut ausgebildetem Personal. Die Fort- und Weiterbildung der Erzieherinnen muss deshalb verbessert werden.
- Wir wollen die Öffnungszeiten von Kindergärten und Kindertagesstätten besser auf die Arbeitszeiten der Eltern abstimmen.
- Wir unterstützen die Gründung von Fördervereinen in den Kitas. Sie ermöglichen besondere Projekte an der jeweiligen Kita, von denen alle Kinder profitieren.
- Gerade für Kinder im Alterssegment bis zu drei Jahren stellt die Tagespflege eine bedarfsgerechte Form der Betreuung dar. Deswegen wollen wir das Angebot durch Tageseltern in Form einer Kleinstgruppenbetreuung ausbauen.

Schulbildung

Die zahlreichen von Rot-Rot verordneten Schulreformen der letzten Jahre haben nicht zu mehr Bildungs- und Leistungsgerechtigkeit geführt - das wollen wir ändern! Die Grundschule bildet die Grundlage für den weiteren Bildungsweg der Berliner Kinder. Deshalb wollen wir sie verlässlich und solide ausstatten und die individuelle Förderung aller Kinder in den Vordergrund stellen. Die verpflichtende Einführung des Jahrgangsübergreifenden Lernens (JÜL) war ein Fehler. Wir wollen, dass die Schulgemeinschaft zukünftig über die Einführung von JÜL eigenverantwortlich entscheidet.

Das langsame Ausbluten der Gymnasien durch SPD, Linke und Grüne wollen wir stoppen. Wir wollen die Rahmenbedingungen für Schulen in freier Trägerschaft verbessern und Eltern und Schulen für ihren Bildungsauftrag mit unserem Modell der „Bürgerschule“ mehr Eigenverantwortung geben. Damit schaffen wir Spielräume für die Gestaltungskraft unserer Schulen und setzen einen Schlusspunkt unter die ständigen sogenannten „Reformen“ der letzten Jahre. Wir werden nicht zulassen, dass das Zusammenfassen der Haupt-, Real- und Gesamtschulen zur Sekundarschule dazu führt, dass das Niveau immer weiter nach unten abgleitet. Die Bildungsleistung der Ganztagschulen wollen wir regelmäßig überprüfen, damit Wettbewerb zwischen den Schulen hergestellt wird und die Qualität stimmt.

Hochbegabte Kinder müssen konsequent gefördert werden. Wir wollen mit einem „Enrichment-Konzept“ ein zusätzliches Kursangebot außerhalb der Unterrichtszeit einführen. In Kursen und Arbeitsgruppen sollen besondere Lernangebote gemacht werden, die sowohl in ihrer Thematik als auch in ihrer Intensität und Arbeitsweise jenseits des üblichen Unterrichtsangebotes liegen und individuelle Begabungen und Talente adäquat fördern. Unsere Bildungspolitik stellt die Vermittlung von Kompetenzen in den Vordergrund. Neben den klassischen Schulfächern ist dabei verstärkt auch auf bisher vernachlässigte Wirtschafts- und Medienkompetenzen hinzuwirken.

Die gemeinsame Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderungen (Inklusion) wollen wir voranbringen. Die Förderschulen bleiben dort erhalten, wo die schulischen Angebote die Bedürfnisse der Kinder nicht erfüllen können. Der Elternwille hat Priorität.

Wir wollen zudem, dass Schüler, die wiederholt durch rassistisches, antisemitisches, deutschenfeindliches oder sonstiges diskriminierendes Verhalten aufgefallen sind, einer Schule in einem anderen Stadtteil oder Bezirk zugewiesen werden können.

Die Bürgerschule – die entgeltfreie „Privatschule“ für alle

Bildung ist unser wichtigstes Zukunftskapital. Der Erwerb von Bildung darf daher nicht vom Geldbeutel der Eltern



abhängen. Wir wollen allen Schulen Freiheit und Selbstständigkeit geben, wir wollen die Bürgerschule, die mehr Eigenverantwortung, mehr Vielfalt im Bildungswesen und mehr Bildungs- und Leistungsgerechtigkeit garantiert. Alle Schulen werden selbstständiger, und können eigenverantwortlich Entscheidungen treffen. Sie verfügen über ein eigenes Budget, bestimmen ihr Profil und treffen Personalentscheidungen in eigener Verantwortung. So entstehen Gestaltungsspielräume einer zukunftsfähigen, selbstständigen Schule in Freiheit und Verantwortung. Im Rahmen dieser Selbstständigkeit wollen wir die Organisation bisher öffentlicher Schulen auf freie Träger wie Vereine, Stiftungen oder Kirchen übertragen. So profitieren wir von deren pädagogischen Konzepten und deren gesellschaftlichem Engagement. Die Schulen in Freier Trägerschaft sind dann den öffentlichen Schulen gleichgestellt, verzichten jedoch auf eigene Einnahmen durch das Schulgeld. Über die Vergabe von Schulgutscheinen haben Eltern und Schüler die freie Schulwahl.

Schulen in Freier Trägerschaft, die nicht über den Schulgutschein finanziert werden, erhalten wie bisher einen Anteil ihrer Kosten durch das Land Berlin. Die FDP will, dass dieser Anteil sich auf die allgemeinen Schülerkostensätze bezieht, und schulische Herausforderungen wie zum Beispiel die Integration von Kindern mit Behinderungen dabei berücksichtigt. Dies ermöglicht eine faire und transparente Finanzierung und das Land Berlin wird endlich zu einem verlässlichen Partner für die Schulen in Freier Trägerschaft!

- Die Schulfinanzierung wird schrittweise auf Schülervollkostensätze umgestellt, so dass ab 2016 eine trägerunabhängige Schulfinanzierung mit Schulgutscheinen greift.
- Die Schulleitungen nehmen eigene Stellenausschreibungen und Einstellungen vor. Für diese Aufgabe werden sie durch Weiterbildungen im Schulmanagement qualifiziert.
- Unterrichtsausfall wollen wir nicht länger tolerieren. Schülerinnen und Schüler haben ein Recht auf Unterricht! Das den Schulen zur Verfügung stehende zusätzliche Personalkostenbudget wollen wir darum von 3% auf 4% erhöhen.
- Schulen sollen eigenverantwortlich über ihren gesamten Haushalt entscheiden, auch über das Budget für Bauunterhaltung.
- Wir wollen zentrale Prüfungen, die eine

Vergleichbarkeit der Abschlüsse ermöglichen.

- Transparenz über den Bildungserfolg jeder Einrichtung werden wir durch die Veröffentlichung der Ergebnisse pro Schule herstellen.

Grundschule

- Die bürokratischen Schuleinzugsbereiche, die Eltern und Schülern ihre Grundschule vorschreiben, wollen wir aufheben. Nur eine freie Schulwahl ermöglicht einen fairen Wettbewerb zwischen den Schulen um die besten Konzepte. Bei Übernachfrage werden wir transparente Regelungen zur Vergabe der vorhandenen Plätze schaffen.
- Zu Beginn der Schule sollen Zielvereinbarungen zwischen Schule und Eltern abgeschlossen werden, die die Aufgaben beider Akteure klar definieren. Sinn dieser Vereinbarungen ist es, Eltern ihre besondere Verantwortung und ihre Möglichkeiten bei der Förderung ihres Kindes zu verdeutlichen.
- Wir wollen Kooperationen insbesondere von Ganztagschulen mit Musikschulen, Sportvereinen und anderen gesellschaftlichen Einrichtungen im Rahmen der Schulbudgets fördern.
- Hortbetreuung soll für alle möglich sein. Die Lücke für die fünften und sechsten Klassen bei der Hortbetreuung wollen wir beseitigen.
- Die individuelle Förderung der Kinder wollen wir über ein zusätzliches Budget verbindlich regeln, damit insbesondere Sprachdefizite schnell behoben werden können.
- Wir wollen den Ganztagsbetrieb durch mehr Abwechslung von Unterricht und Arbeitsgemeinschaften attraktiver gestalten (Rhythmisierung).
- Wir wollen die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) in den Klassen 5 und 6 stärken.
- Ganztagschulen sollen Präsenzzeiten von



Lehrern einführen, die eine regelmäßige Ansprechbarkeit erlauben.

Sekundarschule

- Wir wollen die Berufsorientierung und Berufsberatung in den Schulen verbessern. Dazu wollen wir stärkere Kooperationen mit Unternehmen und Selbstständigen, um praxisbezogene Kenntnisse zu vermitteln.
- Die Durchlässigkeit zwischen Sekundarschulen und Gymnasien muss für geeignete Schüler gewährleistet sein.

Gymnasium

- Das langsame Ausbluten der Gymnasien, gerade auch durch unterlassene Unterhaltungs- und Baumaßnahmen, darf nicht weitergehen. Die offensichtliche Benachteiligung der Gymnasien gegenüber der Sekundarschule und Gemeinschaftsschule wollen wir abschaffen. Für uns sind Gymnasien ein wichtiger und unverzichtbarer Pfeiler des Bildungsangebots.
- Das Losverfahren bei der Zulassung zum Gymnasium wollen wir abschaffen.
- Die Lehrpläne wollen wir verschlanken, um den Unterricht zu flexibilisieren, damit Kinder nicht länger durch die Fülle des Lehrstoffs überfordert werden.
- Wir wollen Schülerinnen und Schülern den Besuch des Gymnasiums ab der 5. Klasse ermöglichen, da der Besuch der 5. und 6. Klasse am Gymnasium systematischer auf das Abitur nach 12 Schuljahren vorzubereiten vermag.
- Wir wollen den Gymnasien eine eigenständige Profilierung ermöglichen, damit neben der altsprachlichen Ausrichtung auch neusprachliche und mathematisch-naturwissenschaftlich interessierte und begabte junge Menschen ihre Chance erhalten, ihren Begabungen entsprechend gefördert zu werden.
- Auf den Gymnasien soll das Abitur grundsätzlich nach 12 Schuljahren abgelegt werden. Sekundarschulen können ein Angebot vorhalten, das nach 13 Schuljahren zum Abitur führt.
- Wir wollen die Gymnasien personell besser ausstatten, damit die Organisation des Schulalltags zukünftig für die Schülerinnen und Schüler angemessener gelingt.
- Die Klassengrößen in den Gymnasien



Bildungskongress mit FDP-Bildungsexpertin Mieke Senftleben

wollen wir senken, um individuelle Förderung zu ermöglichen.

- Die Einrichtung von „echten“ Ganztagsgymnasien befürworten wir, falls die Schulgemeinschaft sich dafür ausspricht.
- Grundständige Gymnasien, die Kinder schon ab der 5. Klasse aufnehmen, wollen wir beibehalten und ihnen eine eigenständige Profilierung gerade auch im neusprachlichen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich ermöglichen.

Lehrkräfte an den Berliner Schulen

- Wir wollen, dass schon Bachelorabsolventen im Lehramtsstudium künftig als Schulassistenten eingesetzt werden können, um Lehrer in ihrer Tätigkeit zu unterstützen.
- Die Lehrerausbildung soll in den Universitäten in einer eigenständigen Einrichtung innerhalb der Hochschule zusammengefasst werden. Fortbildungen sollen auch im Bereich Schulmanagement für Führungskräfte erfolgen.
- Wir wollen, dass Lehrern ihren Aufgaben angemessene Fortbildungen und Supervisionen außerhalb der Unterrichtszeit angeboten werden. Die Fortbildungsangebote sollen laufend überprüft werden, um deren Qualität zu gewährleisten.
- Eine Verbeamtung von Lehrkräften lehnen wir ab, denn das Berufsbeamtentum ist mit unserer Vorstellung von eigenverantwortlichen und flexiblen Schulen nicht vereinbar. Zudem treffen die Lasten der Verbeamtung durch die Versorgungskosten kommende Generationen.
- Den angestellten Lehrkräften wollen wir in Berlin attraktive Arbeitsbedingungen bieten:

Leistungsanreize, bessere Arbeitsbedingungen, eine gerechtere Arbeitszeitregelung und weniger Bürokratie sind wichtige Schritte, den Wegzug der Lehrkräfte in andere Bundesländer zu stoppen.

- Wir wollen eine bessere Vernetzung zwischen Hochschulen und Schulen, um die praktischen Erfahrungen der Studierenden zu intensivieren.

Berufliche Bildung

Eine der größten Gefahren für die Zukunftsfähigkeit der Berliner Wirtschaft ist der Fachkräftemangel. Dieses Problem verstärkt die derzeitige mangelhafte Bildungs- und Berufsbildungspolitik, die dazu führt, dass ein immer größerer Anteil der Schulabgänger nicht ausbildungsfähig ist. Wir wollen das System der dualen Ausbildung in Berufsschule und Betrieb wieder stärken.

- Die duale Ausbildung in Betrieb und Berufsschule muss gegenüber der außerbetrieblichen Ausbildung ohne echte Praxis wieder klaren Vorrang erhalten.
- Die Berufsausbildung wollen wir modularisieren, das heißt sie aus standardisierten Einzelbausteinen zusammensetzen. Das ermöglicht die Förderung von individuellen Fähigkeiten ebenso wie den Einstieg von gering qualifizierten Bewerbern.

- Wir wollen die Berufsorientierung und -beratung in den Schulen verbessern, um Berufschancen sowie die Vielfalt der über 300 Ausbildungsberufe frühzeitig aufzuzeigen und den Schülern eine gezielte Qualifizierung auf ihr Wunschberufsziel hin zu ermöglichen.
- Die Durchlässigkeit zum Hochschulsystem nach erfolgreicher Berufsausbildung wollen wir weiter verbessern. Dazu werden wir Aus-, Fort- und Hochschulbildung besser verzahnen, um qualifizierten Absolventen Weiterbildungschancen zu eröffnen.

Außerschulische Bildung

Die Ausstattung der bezirklichen Bildungseinrichtungen (VHS und Musikschulen) ist in einem Umfang sicher zu stellen, welcher die Einhaltung der definierten Mindeststandards gewährleistet und der tatsächlichen Nachfrage gerecht wird.

- Schülerwartelisten sind inakzeptabel. Sie sind zügig abzubauen.
- Auch die bezirklichen Bildungseinrichtungen brauchen mehr Freiheit: Sie sollen ihre Einnahmen selbst bewirtschaften dürfen. Das überholte Prinzip der Kameralistik hat hier ausgedient.



HOCHSCHULE UND WISSENSCHAFT

Freie Entfaltung für Lernende, Lehrende und Forschende

Berlin muss sich den Herausforderungen eines globalisierten Wissenschafts- und Forschungssystems stellen und auf beschleunigte Innovationszyklen und hohe Mobilität in einem international gewordenen Arbeitsmarkt für Studierende, Lehrende und Forschende reagieren. Das ist nur möglich, wenn die Politik zulässt, dass Lernende, Lehrende und Forschende sich möglichst frei von staatlichen Eingriffen wissenschaftlich entfalten. Die alten Strukturen staatlicher Aufsicht und Detailsteuerung lassen dies nicht zu.

Wir wollen daher das Verhältnis zwischen Staat und Hochschulen in einem Hochschulfreiheitsgesetz neu regeln. Ziel ist es, den Hochschulen ein hohes Maß an Planungssicherheit, Eigenverantwortung und Selbstbestimmung zu gewähren.

Wissenschaft, Forschung und Lehre

Damit die Anreize für eine qualitativ hochwertige Bildung verbessert werden, soll die staatliche Studienfinanzierung stärker an den Studienbedingungen und der Anzahl der Studierenden ausgerichtet werden.

- Das derzeitige System der Hochschulfinanzierung wollen wir daher in Richtung eines „Geld folgt Studierenden“-Modells gemeinsam mit den Hochschulen fortentwickeln. Dazu wollen wir die Mittel für Forschung sowie die von den Hochschulen nicht zu steuernden Aufgaben in eine Grundfinanzierung für die Hochschulen umwandeln.
- Die in den Hochschulverträgen vereinbarte Anzahl an Studienplätzen in Berlin wollen wir für die kommenden vier Jahre anheben, wobei wir zu deren Finanzierung die erfolglose Einstein-Stiftung auflösen wollen.
Damit schaffen wir für die Absolventen des doppelten Abiturjahrgangs 2012 gute Studienmöglichkeiten und -bedingungen in Berlin.
- Wir möchten, dass die Schüler besser auf das Studium vorbereitet sind, daher sollen die schulischen Beratungsmöglichkeiten ausgebaut werden. Bereits mit Eintritt der Sekundarstufe II müssen Schüler und Schülerinnen die Möglichkeit haben, Studienfach- und Studienfinanzierungsberatung

in Anspruch zu nehmen.

- Wir werden Unternehmen, Bürger und Institutionen ermuntern, an dem auf Bundesebene von der FDP durchgesetzten Stipendienprogramm teilzunehmen, um möglichst viele Stipendien für Berlins Studierende einzuwerben.
- Angesichts der Studienbedingungen an Berlins staatlichen Hochschulen sollen diese die Möglichkeit erhalten, nachgelagerte Studienentgelte bis zu einer Höhe von 500 Euro je Semester zu erheben. Voraussetzung dafür ist, dass die Einnahmen vollständig an der jeweiligen Hochschule verbleiben, nicht mit Zuschüssen des Landes verrechnet werden und zur Verbesserung der Studienbedingungen führen. Die Studenten haben bei der Verwendung der Studienentgelte ein Mitentscheidungsrecht.
- Daneben wollen wir ein Kreditprogramm auflegen, das es Studierenden ermöglicht, Studienbeiträge vorzufinanzieren und erst im Berufsleben einkommensabhängig zurückzuzahlen.
- Hochschulen sollen Berufungen eigenständig durchführen können und über die Höhe von Leistungszulagen selbstständig entscheiden. Der Vergaberahmen in der W-Besoldung wird damit abgeschafft. Hochschulen müssen darüber hinaus in die Lage versetzt werden, flexibel und angemessen auf internationale Bedingungen und Entwicklungen bei der Vergütung und Nebenabreden zu reagieren.
- Die Hochschulen sollen Wissenschaftlern individuell ermöglichen können, ihrer Lehrverpflichtung flexibel nachzukommen. Die Lehrverpflichtungsverordnung wollen wir abschaffen.
- Die Hochschulen sollen einzelne Dienstleistungen, die heute vom Studentenwerk angeboten werden, in eigener Regie anbieten können, um ihr Hochschulprofil zu schärfen und das Angebot für die Studierenden zu verbessern.
- Drittmittelstellen sollen nicht automatisch zu einer Kapazitätserhöhung einer Hochschule führen, sondern sollen auch zur Verbesserung der Betreuungsrelation in der Lehre genutzt werden können.
- Die Zwangsmitgliedschaft in den Studierenden-schaften wollen wir durch ein Austrittsrecht der

Studierenden beenden. So entscheidet jeder Student selbst, ob er der verfassten Studierendenschaft weiter angehören möchte oder nicht.

- Staatliche Forschungsverbote und Hemmnisse, gerade im Zukunftsfeld der für den Berliner Standort so wichtigen Lebenswissenschaften, werden wir überprüfen und gegebenenfalls beseitigen.
- Die Leistungsfähigkeit des Berliner Wissenschaftssystems wollen wir durch den Ausbau der Kooperationsmöglichkeiten zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen, der Wirtschaft und Schulen fördern.
- Wir werden die Einführung von Globalhaushalten und kaufmännischer Buchführung zur Stärkung der Wissenschaftseinrichtungen konsequent fortführen und damit einen Beitrag zur weitgehenden Selbstverwaltung der Wissenschaftseinrichtungen liefern.
- Wir werden uns für einen eigenständigen Wissenschaftstarifvertrag für einen hochdynamischen Arbeitsmarkt einsetzen. Dadurch schaffen wir die Voraussetzungen für ein eigenständiges Tarif- und Vergütungssystem für Wissenschaftler, wissenschaftlichen Nachwuchs und wissenschaftlich-technisches Personal.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass die

diskriminierende Altersgrenze fällt. Keiner soll nur aufgrund seines Alters von einer Lehr- oder Forschungstätigkeit ausgeschlossen sein.

- Wir werden uns dafür einsetzen, dass Arbeitsmöglichkeiten für ausländische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen erleichtert werden. Wir brauchen unbürokratische Regelungen für Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse.

Universitätsmedizin

Die Charité ist nicht nur eine Ansammlung von Krankenhäusern sondern eine der wichtigsten Forschungsinstitutionen unserer Stadt. Seit der Wiedervereinigung haben die Einzelteile der heutigen Charité einen beachtlichen Veränderungsprozess erfahren. Die Forschungskraft hat sich trotz des sich ständig wandelnden Umfeldes hervorragend entwickelt.

Das Zusammenlegen der zwei medizinischen Fakultäten zu einer von HU und FU gemeinsam getragenen Institution hat sich nicht bewährt. Die Charité, die sich in den letzten Jahren organisatorisch und mental weiter verselbstständigt hat, wollen wir in eine eigenständige medizinische Hochschule umwandeln. Im Zuge dessen wollen wir die Anzahl der Standorte weiter reduzieren und einen Neubau für die universitätsmedizinische Krankenversorgung vorsehen. Die für diesen Prozess notwendigen Investitionen werden sich schon mittelfristig durch Kosteneinsparungen bezahlt machen.

Private Hochschulen

Berlin ist ein attraktiver Standort für private Hochschulen. Sie bereichern das Studienangebot um weitere Kapazitäten und gute Lehrangebote. Gerade berufstätige Studierende können durch private Hochschulen einen Hochschulabschluss erlangen.

Wir wollen daher die Ansiedlung und das Wachstum von privaten Hochschulen in Berlin unterstützen. Es ist staatliche Aufgabe, die Bildung junger Menschen zu finanzieren – und zwar unabhängig von der staatlichen oder privaten Trägerschaft der jeweiligen Einrichtung. Daher wollen wir mittelfristig private Hochschulen in das „Geld folgt Studierenden“-Modell einbeziehen, sie kurzfristig am Aufbau zusätzlicher Studienkapazitäten beteiligen und sie hierbei finanziell den staatlichen Hochschulen gleichstellen.



WIRTSCHAFT

Mehr unternehmerische Initiative für mehr Wohlstand in unserer Stadt

Wir brauchen eine grundsätzliche Neuausrichtung der Berliner Politik. Eine Politik, die den Menschen neue Perspektiven für Wohlstand und Selbstverwirklichung eröffnet und die die großen Potenziale unserer Stadt endlich nutzt, muss auf die Entfaltung unternehmerischer und freiberuflicher Initiative setzen. Unternehmen schaffen Arbeitsplätze, entwickeln neue Technologien und finanzieren über ihre Steuern die Infrastruktur unserer Stadt. Die Arbeitnehmer tragen durch ihre Arbeitsleistung zum Erfolg der Unternehmen bei. Eine unternehmensfreundliche Politik nutzt deshalb allen Bürgerinnen und Bürgern Berlins.

Jede Entscheidung, die Wachstum fördert und damit Arbeit und Wohlstand schafft, ist daher von der Politik zu unterstützen. Jede Maßnahme, die Arbeit und Wohlstand unnötig schadet, ist zu unterlassen. Wirtschaftspolitik ist für die FDP eine Querschnittsaufgabe, an der sich alle Politikfelder und die Verwaltung zu orientieren haben.

Staatliche Bevormundung und die Tendenz des rot-roten Senats, immer mehr zu regeln, zu reglementieren und zu verbieten, muss ein Ende haben. Ökologisch sinnlose Einfahrverbote in die Innenstadt („Umweltzone“), zusätzliche bürokratische Hürden für kleine und mittlere Unternehmen („Berliner Vergabegesetz“), unrealistisch hohe Auflagen für den Winterdienst („Straßenreinigungsgesetz“), unnötig hohe Einschränkungen der Eigenverantwortung („Nichtraucherschutzgesetz“) oder die zwangsweise energetische Sanierung von Gebäuden auf Kosten der Eigentümer und Mieter („Klimaschutzgesetz“) stehen beispielhaft für diese Entwicklung. Liberale Politik bedeutet dagegen, auf die Verantwortlichkeit und die Initiative jedes Einzelnen zu setzen.

Grundsätze unserer Wirtschaftspolitik

- Wir Liberale bekennen uns zu einer unternehmensfreundlichen Politik, auf der Grundlage der sozialen Marktwirtschaft. Innovation und unternehmerisches Risiko sind die Grundpfeiler erfolgreichen wirtschaftlichen Handelns.
- Wir stehen für eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung und effektiven Bürokratieabbau.



Direkt vor Ort: Unternehmensbesichtigung der FDP

- Wir erwarten von den führenden Repräsentanten unserer Stadt mehr persönliches Engagement für die Berliner Wirtschaft und mehr eigene Wirtschaftskompetenz.
- Wir wollen das Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge und unternehmerische Verantwortung in der Gesellschaft stärken.

Die Chancen für Berlin nutzen!

Wirtschaftspolitik muss gezielt Chancen nutzen, sie darf sich dabei aber nicht verzetteln. Zudem muss Berlin nicht nur neue Unternehmen werben, sondern auch die Abwanderung vorhandener Firmen verhindern und das Wachstum bestehender Unternehmen ermöglichen. In den folgenden Bereichen wollen wir Chancen nutzen:

- Unternehmen können nur bei guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gedeihen. Diese werden wir herstellen und gewährleisten.
- Wir wollen überregionale, höherwertige Dienstleister (IT, Berater, unternehmensnahe Dienstleistungen, Kreativwirtschaft) anziehen, um hochwertige Dienstleistungen aus Berlin zu exportieren.
- Ebenso wollen wir uns um Industrie und verarbeitendes Gewerbe (Erweiterungsinvestitionen und neue Produktionen vor allem im Hightech-Bereich) verstärkt bemühen und diesen Sektor weiter ausbauen.
- Wir wollen Berlin auch als Standort für Deutschland- oder Europazentralen ausländischer Unternehmen bei Neuansiedlungen in Deutschland bzw. der EU positionieren.

Ansiedlungen fördern

Wir wollen die Aktivitäten der Ansiedlungsförderung deutlich fokussieren, um konkrete Erfolge erzielen zu können.

- Wir wollen Ansiedlungsaktivitäten auf die vorhandenen Cluster Berlins konzentrieren (Kreativwirtschaft, Informationstechnologie/ Medien, Logistik/ Verkehr, Biotech/ Gesundheit).
- Neue Cluster können nicht beliebig durch „die Politik“ herbeigeredet werden (Stichwort: „Green Economy“), sondern setzen bestehende Unternehmen voraus, deren Aktivitäten sich ergänzen und gegenseitig befruchten.
- Wir wollen aktiv Ansiedlungen auf hoch produktive und hoch wertschöpfende Branchen fokussieren (überregionale Dienstleister, Hightech, hoch wertschöpfende Produktionen, zentrale Verwaltungen außereuropäischer Unternehmen), um gut bezahlte und anspruchsvolle Arbeitsplätze in Berlin zu schaffen.
- Wir werden die Wirtschafts- und Ansiedlungsförderung sowie die Marketing-Aktivitäten Berlins (BerlinPartner, visitBerlin, Technologie Stiftung Berlin) organisatorisch zusammenführen und eng mit dem Liegenschaftsmanagement und der Stadtplanung koordinieren.

Gründer fördern

Wir brauchen mehr Unternehmer und mehr Gründer in Berlin. Gründer geben unserer Stadt entscheidende Impulse für mehr Wachstum und schaffen attraktive Arbeitsplätze. Gerade kleine und mittlere Unternehmen und Handwerker dienen als Gründungsmotor, sie sind relativ krisenresistent und können Berlin daher dauerhaftes Wachstum bringen. Berlin braucht aber nicht nur mehr, sondern auch eine qualitative Verbesserung der Unternehmensgründungen: Wir wollen, dass sich mehr neue Betriebe in den Zukunftstechnologien und hochwertigen Dienstleistungen sowie in der Kreativwirtschaft, der Gesundheitswirtschaft und in den Verkehrstechnologien ansiedeln, neben den bisher vorherrschenden Gründungen in Handel, einfachen Dienstleistungen oder Gastgewerbe.

Wir wollen deshalb folgendes umsetzen:

- Wir wollen die Stimmung für Gründungen in Berlin verbessern und positiv auf die Öffentlichkeit einwirken, um die Haltung gegenüber Existenzgründung, Unternehmertum und Risikobereitschaft zu verbessern.
- Wir wollen Menschen ermutigen, ihre Ideen unternehmerisch umzusetzen. Mit der Herausgabe eines „Gründerleitfadens“ werden wir die neuen Möglichkeiten für Gründer in Berlin international bekannt machen und den Mittelabruf bei Förderprogrammen vereinfachen.
- Wir wollen ein „Gründerhaus“ als Anlaufstelle für Gründer aufbauen. Dort soll ein niedrigschwelliges und schnell verfügbares Angebot von Netzwerken und Kontakten unter anderem mit Hochschulen und Kapitalgebern für Gründer bereitgehalten werden.
- Wir wollen mehr privates Beteiligungskapital mobilisieren, indem Berlin die direkte Vermittlung von Wagniskapital unterstützt und Investoren und Gründer zusammenbringt.
- Die bestehenden erfolgreichen Aktivitäten der Berliner Hochschulen im Bereich der Unternehmensgründungen müssen dauerhaft fortgeführt und weiter unterstützt werden.
- Das Potenzial von Gründern mit Migrationshintergrund muss Berlin endlich stärker nutzen und diesen Personenkreis zu unternehmerischem Engagement ermutigen.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass ausländische Abschlüsse in Berlin schneller und einfacher anerkannt werden. Bei Defiziten wollen wir Angebote schaffen, damit ausländische Abschlüsse



FDP im Dialog mit Stephan Schwarz, Präsident der Berliner Handwerkskammer

zu anerkannten Abschlüssen erweitert werden können.

- Wir wollen Unternehmer mit Migrationshintergrund gezielt für die Außenwerbung sowie die Herstellung und Pflege von Außenwirtschaftskontakten für Berlin gewinnen, vor allem auch außerhalb der EU.
- Die bestehenden Programme und Strukturen wollen wir auf die Berliner Cluster fokussieren. Die Förderprogramme müssen übersichtlicher werden. Wir wollen sie auf wenige zusammenfassen. Förderprogramme sollen viel konsequenter auf messbare Ergebnisse bei den Gründern abstellen und regelmäßig evaluiert werden. Eine Förderung soll in Zukunft auch in Form von Beratungsunterstützung (vor allem in den Bereichen Marketing und Vertrieb) geleistet werden.

Wachstumschancen bestehender Unternehmen verbessern

Auch die in Berlin bereits ansässigen Unternehmen verdienen die Aufmerksamkeit der Politik, und zwar nicht erst, wenn sie androhen, Arbeitsplätze abzubauen oder die Stadt zu verlassen. Berliner Unternehmen müssen in ihrem Wachstum unterstützt und nicht behindert werden.

- Berlin braucht eine professionelle Begleitung bestehender Unternehmen. Dabei sollen u.a. Netzwerke unter Beteiligung von Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Unternehmen aller Größen, Kapitalgebern sowie der Verwaltung angeregt und aufgebaut werden.
- Die Förderprogramme und Förderungsaktivitäten für Bestandsunternehmen wollen wir – ohne andere, etablierte Industrien zu vernachlässigen – auf die Cluster konzentrieren, da dort die besten Wachstumseffekte erzielt werden können.
- Die Vorzüge einer diversifizierten Belegschaft müssen besonders kleinen und mittelständischen Unternehmen dargestellt werden. Hierfür müssen entsprechende Informations- und Aufklärungsangebote an Unternehmensgründer und junge Unternehmer geschaffen werden.
- Wir wollen, dass die Berliner Verwaltung zu einem serviceorientierten Dienstleister für Berliner Unternehmen wird. Unternehmen sollen für alle Verwaltungsvorgänge einen Einheitlichen Ansprechpartner erhalten, der sich um ihre Anliegen kümmert.

Potenziale der Metropolregion realisieren

Wir wollen eine engere Zusammenarbeit der Länder Berlin und Brandenburg bei der Ansiedlungs- und Standortpolitik herstellen, um die Potenziale der Metropolregion Berlin-Brandenburg besser zu erschließen.

- Wir wollen eine gemeinsame Wirtschaftsförderungsgesellschaft einrichten, die gleichzeitig Bestandspflege bei den angesiedelten Unternehmen betreibt.
- Wir wollen die Arbeitsabläufe in den Verwaltungen und Behörden beider Länder durch eine bessere IT-Vernetzung besser koordinieren und aufeinander abstimmen.
- Dem drohenden Fachkräftemangel und dem Strukturwandel in Randbezirken von Berlin und dem ländlichen Raum in Brandenburg wollen wir durch gezielte Maßnahmen entgegenwirken. Dazu streben wir auch an, internationale Fachkräfte aller Altersgruppen anzuwerben und deren Zuzug zu fördern.
- Wir wollen internationale Kooperationen und Projekte mit Bedeutung für die Metropolregion stärker fördern. Hierzu gehören auch die Oder-Partnerschaft und die Ausweitung der Außenhandelsstrategie, wie zum Beispiel das IBB-Programm „Neue Märkte erschließen“.

Berlin als fairer Auftraggeber

In Berlin vergibt die öffentliche Hand jährlich Aufträge in Höhe von ca. 5 Mrd EUR. Die FDP lehnt zusätzliche Vergabekriterien, die nicht die Qualität, den Leistungsinhalt, die Wirtschaftlichkeit (Preis, Betriebskosten) und die Leistungsfähigkeit des Auftragnehmers betreffen, ab. Jedes weitere sachfremde Kriterium verteuert die Leistung und verzerrt den Wettbewerb.

- Vergaben sind mittelstandsfreundlich im Sinne der Unternehmen der Region zu gestalten.
- Wir wollen das Berliner Vergabegesetz mit seinen vergabefremden Beschränkungen abschaffen. Die Vergaberegulungen auf Bundes- und EU-Ebene reichen völlig aus.
- Die Einführung von transparenten und einheitlichen Vergabekriterien für Landesbeteiligungen ist erforderlich.
- Um die schlechte Zahlungsmoral der Berliner Verwaltung zu verbessern, sind verwaltungsinterne Sanktionsmechanismen gegen die säumige Verwaltungsstelle einzuführen.

Tourismuswirtschaft ausbauen

Tourismus ist ein wichtiger und einträglicher Wachstumssektor in Berlin. Wir wollen die touristische Anziehungskraft Berlins weiter stärken. Wir haben das Ziel, Berlin zur Tourismus-Metropole Nr. 1 in Europa zu machen.

- Wir wollen den Ausbau der internationalen Flugverbindungen Berlins besonders nach Asien und Übersee vorantreiben. Der Flughafen Berlin-Brandenburg International darf nicht zu einem Regionalflughafen herabgestuft werden. Er muss wirtschaftlich arbeiten und sich weiter entwickeln können.
- Zusätzliche Abgaben für Touristen lehnen wir ab. Vor allem wollen wir keine bürokratische „CityTax“, die Berlin wenig bringt, aber Berlin für Touristen verteuert.
- Wir setzen uns für eine möglichst weitgehende Lockerung der Ladenöffnungszeiten ein.
- Fremdsprachige Touristen müssen sich im öffentlichen Raum besser orientieren können. Darum wollen wir mehr touristenfreundliche Informationen, vor allem in englischer Sprache.

Abgaben, Steuern und Kosten senken

Wir wollen Abgaben und Steuern senken, um Wirtschaftswachstum zu ermöglichen. Wirtschaftswachstum führt wiederum zu strukturellen Verbesserungen im Haushalt.

- Wir wollen die Steuer- und Abgabenlast senken, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Berlin zu verbessern. Gewerbesteuer, Grundsteuer und Grunderwerbsteuer wollen wir daher auf ein niedrigeres Niveau anpassen, das mit anderen Metropolen vergleichbar ist.
- Die besonders hohen Belastungen für Mieter und Immobilieneigentümer in Berlin wollen wir deutlich reduzieren. Dies betrifft neben der Grund- und Grunderwerbsteuer vor allem auch die Entgelte für Wasser, Abwasser, Abfall, Straßenreinigung, Schornsteinfegerwesen und Fernwärme. In diesen Bereichen wollen wir mehr Wettbewerb schaffen, um die Abgabenlast für die Bürger zu senken und gleichzeitig bessere Leistungen zu bieten. Eine transparente Preisbildung im Wettbewerb ist jeder Rechtsvorschrift zur



Christoph Meyer im Gespräch mit innovativen Unternehmen in Berlin

- Gebührenerkalkulation überlegen. Leistungen der Entsorgung und Straßenreinigung müssen regelmäßig gebietsweise ausgeschrieben werden.
- Die Selbstbereicherung des Landes Berlin auf Kosten der Bürger durch hohe Zwangsgebühren bei der so genannten Daseinsvorsorge (wie z.B. bei den Wasserpreisen) werden wir beenden.
- Das Straßenausbaubeitragsgesetz, das Grundstückseigentümer für Instandhaltungsversäumnisse des Senats in den letzten Jahrzehnten haftbar macht, wollen wir abschaffen.
- Wir werden uns dafür einsetzen, die Industrie- und Handelskammer (IHK) und die Handwerkskammer für Berliner Unternehmer effizienter zu machen:
 1. Kleine Unternehmen, die keinen Gewerbesteuerertrag ausweisen, sollen unbürokratisch vom Grundbetrag befreit werden.
 2. Die Kammern sollen sich auf ihre eigentliche Aufgabe, d.h. auf ihre gesetzlich übertragenen Kernaufgaben beschränken. Diese sind vornehmlich: das gewerbliche Ausbildungswesen, das Sachverständigenwesen, gutachterliche Stellungnahmen zu Förderanträgen und die Erstellung von Exportsdokumenten. Dabei ist auf sparsame Haushaltsführung zu achten.
 3. Die innere Verfassung der Kammern soll mehr die Grundsätze von parlamentarischer Demokratie und Transparenz zu den Mitgliedern beachten, um die Mitwirkungsrechte der Kammermitglieder zu stärken.

Zusätzliche wirtschaftliche Dynamik durch Reduzieren des Beteiligungsportfolios

Die FDP stellt alle Beteiligungen des Landes Berlin zur Disposition. Es gilt der Grundsatz: Die öffentliche Hand hat sich nicht als Wettbewerber am Markt unternehmerisch zu betätigen. Die von Rot-Rot angestrebte Re-Kommunalisierung bereits privatisierter Betriebe lehnen wir entschieden ab. Sie würde den Berliner Haushalt auf lange Zeit belasten, ohne positive Effekte für die Bürger erreichen zu können. Für uns Liberale stehen die Interessen der Bürger im Vordergrund und nicht abstrakte Eigentumsdiskussionen.

Wir wollen die Beteiligungen des Landes und städtisches Immobilienvermögen veräußern, wann immer dies unter Beachtung einer ausreichenden Flächenbevorratungspolitik und ohne Bildung neuer privater Monopole möglich ist. Wir wollen ein Kataster, das als Leitfaden für die Privatisierung von Landesbeteiligungen im Wettbewerb dient:

- Alle durch landeseigene Unternehmen und die öffentliche Hand unmittelbar erbrachten Leistungen wollen wir darauf überprüfen, ob diese nicht auch von privaten Anbietern im Wettbewerb erbracht werden können. Mit staatlichen Geldern darf keine Konkurrenz zu privatwirtschaftlicher Tätigkeit gefördert werden.
- Dies gilt auch im Bereich der so genannten Daseinsvorsorge. Hier hat der Staat die Organisation der Leistungserbringung sicherzustellen, diese aber nicht selbst zu erbringen.
- Jede Beteiligungsveräußerung leistet einen

Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.

- Private Investitionen ziehen in der Regel auch weiteres privates Kapital nach Berlin nach.
- Die Berliner Wasserbetriebe belasten die Bürger durch hohe Wasserpreise, die auf die Selbstbereicherung des Landes Berlin aufgrund der von CDU und SPD eingeleiteten und von SPD und Linken fortgeführten Scheinprivatisierung zurückzuführen sind. Wir wollen die Berliner Wasserbetriebe in eine wettbewerbsfördernde Struktur überführen, um mehr Effizienz und einen bezahlbaren Wasserpreis für Bürger und Unternehmen zu erreichen.
- Auch die noch landeseigenen Berliner Wohnungsgesellschaften müssen in die freie Immobilienwirtschaft überführt werden. Auch wenn der Staat Verantwortung dafür trägt, sozial Schwachen Wohnen zu ermöglichen, so sind doch der Bau und die Verwaltung von Wohnimmobilien keine Aufgabe des Staates.

Arbeit/ Jobcenter

Wir werden das Augenmerk der Arbeitsmarktpolitik nicht auf immer weitere Beschäftigungsmaßnahmen sondern auf den ersten Arbeitsmarkt lenken. Den teuren und wirkungslosen Öffentlichen Beschäftigungssektor des rot-roten Senats, der nur einigen Wenigen zugutekommt, werden wir abschaffen. Arbeitsgelegenheiten und Beschäftigungsgesellschaften – oft unter wenig transparenter wirtschaftlicher Trägerschaft – sind keine Perspektive für Langzeitarbeitslose. Wir werden stattdessen den Einstieg in den Ersten Arbeitsmarkt für Transferempfänger konsequent fördern und zum Ziel aller beschäftigungspolitischen Maßnahmen machen.

Die Verantwortung für die Arbeit der Jobcenter wollen wir von der Bundesagentur für Arbeit stärker auf die Bezirke verlagern, damit sie schnell, flexibel und ortskundig Arbeitssuchende unterstützen können.

Wir machen uns dafür stark, dass die Arbeitsvermittler nach dem Vorbild Dänemarks einen engen und direkten Austausch mit den Unternehmen suchen, um die Bedarfe zu erkennen und Arbeitssuchende schnell auf offene Stellen zu vermitteln.

Ist die FDP eine Arbeiterpartei oder die Partei der Besserverdiener?

Wir möchten, dass man mit Arbeit besser verdient als ohne.

fdp-berlin.de

DIE NEUE **FDP**
Wahlfreiheit **Berlin**

STADTENTWICKLUNG UND BAUEN

Strategische Planung für das Wachstum Berlins

Stadtentwicklung, Bauen und Verkehrsplanung müssen Teil einer strategischen Planung für unsere Stadt werden. Unser Ziel ist es, die Stadtentwicklung auf ein weiteres Wachstum unserer Stadt auszurichten und damit deren Zukunftsfähigkeit aktiv zu fördern. Wenn hunderttausende Arbeitsplätze mehr in Berlin entstehen sollen, müssen auch Bauflächen für Wohnungen, Büros, Gewerbe, Industrie und entsprechende Energie- und Verkehrsstrassen bereitgestellt werden. Dies ist unser Begriff von integrierter Stadtentwicklung.

- Die Landesplanung muss eine koordinierte Zielvorstellung verfolgen. Sie muss sich an den Bedürfnissen einer wachsenden Stadt und einer wachsenden Wirtschaft orientieren. Der Berliner Senat muss dazu einen Masterplan entwickeln, der Wachstumsachsen und künftige Entwicklungspotenziale und Nutzungsmöglichkeiten aufzeigt und deren Anforderungen an die Infrastruktur berücksichtigt.
- Wir wollen für Berlin ein professionelles Flächenmanagement etablieren, damit die Stadt auf das Wachstum vorbereitet ist. Verkehrsachsen, Industrieflächen, Baugebiete, soziale Infrastruktur und sonstige Flächen sind zu erfassen und priorisiert nach Kriterien und Kategorien aus Sicht der potenziellen Nutzer zu ordnen. Solange die endgültige Nutzung noch nicht erfolgt, sind Zwischennutzungen anzuregen und zu organisieren.
- Wir wollen, dass bedeutende und ambitionierte Projekte in Bau und Architektur (z.B. Stadtschloss, Mediaspree, die Hochhäuser am Alex, die Bauten am Breitscheidplatz/Zoo und die IGA Tempelhof 2017) als Leuchttürme der Entwicklung einer attraktiven, lebenswerten und zukunftsfähigen Metropole entstehen und sich zu Wahrzeichen unserer Stadt entwickeln.
- Auch für den historischen Kern unserer Stadt zwischen Alexanderplatz und Schlossplatz müssen ambitionierte Stadtplanungen entwickelt werden, statt den öden Ist-Zustand zu bewahren. Dabei sind die bestehenden Spuren der Stadtgeschichte zu berücksichtigen.
- Die Revitalisierung und Aufwertung von

Stadtteilen, die manche als „Gentrifizierung“ verunglimpfen, darf nicht verhindert, sondern muss zugelassen und sogar befördert werden. Wir wollen eine Willkommenskultur für Zu- und Umziehende. Wir wollen Initiativen für Neues ermutigen. Eine Konservierung des „Status Quo“ bringt unsere Stadt nicht voran. Aus Stagnation ist noch nie Aufregendes und Neues hervorgegangen.



FDP-Politiker aus Berlin und Brandenburg zu Besuch

- Wir wollen der in einigen Bereichen unserer Stadt bestehenden Spielhallenhäufung, die auf eine mangelhafte Handhabung des Baurechts in einigen Bezirken zurückzuführen ist, entgegenwirken, indem wir für das Glücksspiel ein Konzessionsmodell einführen, das höhere Anforderungen an Spielveranstalter und Spielstätten stellt. Gleichzeitig werden wir sicherstellen, dass Jugendschutz, Suchtprävention und städtebauliche

Ansehnlichkeit bei einem Konzessionsmodell eingehalten werden.

- Um langfristig eine ausreichende Wohnungsver-sorgung für alle sicherzustellen, brauchen wir vor allem Wohnungsneubau. Nur durch den Neubau von Wohnungen können eine Verknappung von Wohnraum und damit verbundene Preissteigerungen vermieden werden. Deshalb bedarf es weiterer Flächenausweisungen für Wohnprojekte, besonders auch im Innenstadtbereich. Ebenso



auf der Großbaustelle des Flughafens BER (BBI)

ist darauf zu achten, dass landeseigene Grundstücke gezielt genutzt werden, um preiswerten Wohnungsbau zu ermöglichen und nicht einfach zum höchsten Preis verkauft werden.

- Auch der Neubau von Eigentumswohnungen entlastet den Mietermarkt, da durch den Umzug in Eigentumswohnungen Mietwohnungen frei werden. Gleichzeitig sichert Wohneigentum langfristig stabile Wohnkosten. Deshalb ist unser Ziel,

die Eigentumsquote zu erhöhen. Wenn landeseigene Wohnungen verkauft werden, müssen diese zuerst den Mietern zum Kauf angeboten werden.

- Kleinteilige Vergaben eröffnen mehr Chancen, Wohneigentum neu zu errichten. Das gilt auch für genossenschaftliches Bauen und Baugruppen, denen wir Chancen eröffnen wollen, ihre Pläne umzusetzen.
- Wir wollen preiswerteres Bauen ermöglichen, um bezahlbare Mieten auch im Neubau zu erreichen. Dazu wollen wir Verordnungen entschlacken und unnötige verteuernde Auflagen streichen.
- Wir wollen im Rahmen der geplanten IBA mit Architekturwettbewerben Pilotprojekte für den preiswerten Bau von Mietwohnungen entwickeln und dafür die Kreativität international renommierter ebenso wie junger ortsansässiger Architekturbüros einbinden.
- Für Mieter mit niedrigem Einkommen setzen wir auf eine Subjektförderung durch Wohngeld. Die direkte Förderung von Bauobjekten durch öffentliche Mittel lehnen wir ab, da dabei nur ein Teil der eingesetzten Mittel tatsächlich zu Mietsenkungen führt und zu viele Mittel im System versickern.
- Die Flut der Graffiti und den allgegenwärtigen Vandalismus gilt es wirksam einzudämmen. Wir wenden uns entschieden gegen Bestrebungen, Graffiti-Schmierereien künftig nicht mehr polizeilich zu verfolgen.
- Wir wollen sachgerechte, vertrauenswürdige und transparente Abwägungsprozesse vor Planungsentscheidungen. Bei größeren Vorhaben sollen entscheidungsrelevante Informationen – soweit schutzwürdige Belange nicht überwiegen – allgemein zugänglich veröffentlicht werden. Die Offenlegung soll unabhängig von einem späteren Aufstellungsbeschluss bereits ab Planungsbeginn erfolgen.
- Städtebauliche Verträge, die Bauherrn im zeitlichen Zusammenhang mit Entscheidungen der Baubehörden Rechte einräumen oder Pflichten auferlegen, sollen zukünftig öffentlich zugänglich sein, soweit keine berechtigten Interessen entgegenstehen. Darauf sind die Vertragspartner hinzuweisen.

MOBILITÄT UND VERKEHR

Mobilität als Bürgerrecht

Wir wollen Mobilität erleichtern, denn Mobilität – insbesondere individuelle Mobilität – ist auch ein Freiheitsrecht. Für viele Bevölkerungsgruppen ist individuelle und barrierefreie Mobilität die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, gerade für Familien, ältere Menschen, Schwangere oder Menschen mit Behinderungen. Ein leistungsfähiges Verkehrssystem ist zudem wesentliche Voraussetzung für die Lebensqualität der Menschen und für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt.

- Wir wollen die individuelle Wahlfreiheit des Bürgers bei der Auswahl der von ihm gewünschten Verkehrsmittel ermöglichen. Dies gewährleistet einen Wettbewerb der Verkehrsträger untereinander. Die Nutzung einzelner Verkehrsträger wollen wir nicht politisch steuern, sondern die Verkehrssysteme auf die Nachfrage der Verkehrsnutzer ausrichten.
 - Nur der Wettbewerb attraktiver Verkehrssysteme schafft Qualitätsverbesserungen und günstige Beförderungskosten für den Nutzer.
 - Einseitigen Einschränkungen und künstlichen Belastungen von Autofahrern und Motorradfahrern treten wir entgegen. Auf Hauptstraßen muss Tempo 50 gelten. Ein stadtweites Tempo 30, das umweltfeindlich und wirtschaftshemmend wirkt, lehnen wir ab.
 - Auf den Hauptverkehrsstraßen soll soweit wie möglich die „Grüne Welle“ zur Verhinderung von immissionsträchtigen und umweltschädlichen Behinderungen eingeführt werden.
 - Die Verkehrssysteme und die Verkehrsinfrastruktur müssen wir trotz angespannter Haushaltslage auskömmlich finanzieren, denn die Sicherung der Mobilität ist Voraussetzung für wirtschaftliche Entfaltung und Wachstum. Insbesondere müssen in der nächsten Legislaturperiode folgende wichtige Projekte realisiert werden:
 1. Weiterbau der A 100,
 2. Schienenanbindung Flughafen BER (BBI),
 3. Tangentialverbindung Ost (TVO).
- Wir wollen, dass die Flugrouten des künftigen Flughafens so festgesetzt werden, dass sie den Berliner Süden möglichst gering belasten und gleichzeitig das geplante Verkehrsvolumen des Flughafens bewältigen können. Die in den 90er Jahren vom CDU-geführten Senat gefasste fehlerhafte Standortentscheidung hat die FDP seinerzeit bekämpft, sie ist jedoch heute nicht mehr revidierbar.
 - Die Parkraumbewirtschaftung darf nicht weiter ausgeweitet werden. Der Bau von weiteren Parkhäusern entsprechend der Nachfrage soll zugelassen werden.
 - Die so genannte, aber wirkungslose „Umweltzone“ muss abgeschafft werden.
 - Der Öffentliche Nahverkehr muss verlässlich im Wettbewerb funktionieren: Wir wollen die S-Bahn in mehrere auszuschreibende Lose aufteilen, die im Wettbewerb an leistungsfähige Unternehmen vergeben werden. So bleibt Berlin ein erneutes S-Bahn-Desaster durch Staatsmonopolisten erspart.
 - Ebenso wollen wir U-Bahn, Straßenbahnen, Buslinien und Fährverbindungen ausschreiben. Das Ziel dabei ist, bei niedrigen Kosten für den Bürger eine hohe Servicequalität (Frequenzen, Sauberkeit, Sicherheit) und eine hohe Umweltfreundlichkeit zu erreichen.
 - Wir wollen die Verkehrswege für Fußgänger und

Warum teilt die FDP nicht den Traum von einer autofreien Stadt?

Weil keine Frau der Welt mit dem Fahrrad zum Kreißaal möchte.

fdp-berlin.de

DIE NEUE FDP
Wahlfreiheit **BERLIN**

Radfahrer sicherer machen. Unfallschwerpunkte wollen wir konsequent ermitteln und durch bauliche und technische Maßnahmen entschärfen.

- Wir wollen das Radfahrnetz entsprechend den Anforderungen der Nutzer ausbauen. Radfahrverbindungen sollen vorzugsweise über Straßen geringer Verkehrsdichte ausgewiesen werden.
 - Wir wollen den Instandhaltungsstau bei den Straßen durch ein berlinweites Schlaglochprogramm auflösen. Dabei dürfen Grundstückseigentümer nicht für die Straßeninstandhaltung per Straßenausbaubeitragsgesetz zur Kasse gebeten werden.
 - Beim Neubau und der Reparatur von Leitplanckenanlagen werden wir uns für eine Ausstattung mit sogenanntem „Unterfahrerschutz“ an für Zweiradfahrer gefährlichen Bereichen wie Kurven und Abbiegungen einsetzen.
 - Wir wollen die einzelnen Verkehrsträger stärker miteinander verknüpfen und werden zum Beispiel ÖPNV-Car Sharing Projekte anregen. Park & Ride wollen wir durch zusätzliche P&R-Parkplätze ausbauen und die Anzahl von Fahrradparkplätzen an Bahnhöfen deutlich erhöhen.
- Darüber hinaus wollen wir Angebote zur intelligenten Optimierung und Verknüpfung des Wirtschaftsverkehrs schaffen, die helfen, die Transportleistung wirtschaftlicher und umweltfreundlicher zu erbringen.
 - Die Potenziale alternativer Antriebssysteme, vor allem die der Elektromobilität, wollen wir nutzen. Dabei legen wir den Schwerpunkt unserer Politik auf die Bedürfnisse der Nutzer. Deshalb muss eine Verknüpfung mit dem ÖPNV und mit Angeboten für innerstädtischen Pendlerverkehr erfolgen, die die neuen Angebote im Wettbewerb mit anderen Verkehrsträgern attraktiv macht. Alternative Antriebssysteme wollen wir auch im öffentlichen Fuhrpark stärker als bisher nutzen.
 - Wir werden die Initiativen des Landes Berlin zur Herstellung von Barrierefreiheit im öffentlichen Raum konsequent weiterführen und ausbauen. Dabei legen wir das Augenmerk nicht nur auf Mobilitätsbehinderte, sondern auch Menschen mit anderen Beeinträchtigungen, vor allem Seh- und Hörbehinderte.



Demonstration der FDP für den Weiterbau der A 100

ENERGIE

Energieversorgung wirtschafts- und umweltfreundlich gestalten

Die Energieversorgung Berlins steht vor einer Neuorientierung, die wir als einmalige Chance zur Gestaltung der energetischen Zukunft Berlins nutzen wollen. Heute stehen die Entscheidungen für die nächsten 40 Jahre an. Jetzt wird die Struktur der Kraftwerke und der Wärmeversorgung für Berlin gestaltet, jetzt stehen die Konzessionsverträge in der Energieversorgung zur Neuverhandlung an. Wir wollen ein energiewirtschaftliches Konzept entwickeln und umsetzen, das Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltfreundlichkeit der Energieversorgung erhöht und den Berliner Unternehmen der Energiewirtschaft und der energetischen Dienstleistungen neue Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet:

- Wir wollen, dass in Berlin Energie verstärkt dezentral erzeugt wird. Dies verhindert Netzverluste, stabilisiert die Netze, ermöglicht die Nutzung des technischen Fortschritts und führt zu mehr Vielfalt und Wettbewerb.
- Um Verbrauch und Erzeugung besser abzustimmen, müssen die Netze, durch die Energie verteilt wird, „intelligent“ werden („Smart grids“). Wir wollen die Einführung der dafür notwendigen technischen Standards wettbewerbsfreundlich vorantreiben.
- Ebenso werden wir dazu beitragen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Energie in größerem Umfang und effizienter gespeichert werden kann.
- Nach dem Auslaufen der geltenden Konzessionsverträge für Fernwärme, Gas und Strom in den kommenden Jahren wollen wir diese Verträge im Wettbewerb neu vergeben – für einen maximalen Zeitraum von 15 Jahren. Dabei wollen wir die energiepolitischen Ziele Berlins absichern.
- Wir werden sicherstellen, dass ein freier ungehinderter Zugang auch kleiner Strom- und Wärmeerzeuger zu den Netzen im Wettbewerb gewährleistet wird. Auch im Fernwärmenetz soll Durchleitung möglich werden. Einen Anschluss- und Benutzungszwang lehnen wir ab. Statt eines

solchen Zwangs soll der Verbraucher nach eigenen Kriterien das für ihn wirtschaftlichste Angebot auswählen können.

- Eine eigene kommunale Strom- und Wärmeerzeugung (z.B. durch Gründung eines „Stadtwerks“) lehnen wir ab. Wir brauchen im Bereich der Energieerzeugung kein zusätzliches kommunales Angebot, denn in Berlin gibt es bereits über 200 Energieanbieter. Aufgabe der Politik ist es, dem Bürger durch einen geregelten Wettbewerb eine Auswahl aus verschiedenen Angeboten zu ermöglichen.



FDP-Besichtigung einer hocheffizienten Gasturbine

- In Abstimmung mit dem Energiekonzept der Bundesregierung werden wir auch im Land Berlin dazu beitragen, den Wärmeenergieverbrauch zu senken. Dazu wollen wir die energetische Sanierung von Gebäuden dort gezielt anstoßen, wo sie sich wirtschaftlich rechnet. Dazu brauchen wir jedoch keine finanziellen Zuschüsse des Landes Berlin, sondern bessere Information, vorbildhafte Sanierung landeseigener Gebäude und ggf. die Gewährung von Landesbürgschaften.
- Die hohen energetischen Standards für Neubauten (EnEV 2009) auch direkt auf Altbauten zu übertragen (wie im sogenannten „Klimaschutzgesetz“ von Rot-Rot vorgesehen), lehnen wir ab, da dies technisch kaum umsetzbar und extrem unwirtschaftlich wäre. Klimaschutz und Ressourceneinsparung müssen dort stattfinden, wo sie am wirtschaftlichsten durchführbar sind.

HAUSHALT UND FINANZEN

Solider und zukunftsfähiger Haushalt – ein Beitrag zur Generationengerechtigkeit

Sparsame Haushaltsführung ist für die FDP ein Gebot der Generationengerechtigkeit. Die Handlungsspielräume kommender Generationen dürfen nicht immer weiter eingeschränkt werden.

In Berlin ist nur die Hälfte der öffentlichen Ausgaben durch eigene Einnahmen gedeckt. 2,5 Milliarden EUR unserer jährlichen Ausgaben von etwa 21 Milliarden EUR müssen wir nur für Zinszahlungen aufbringen. Der Schuldenstand von über 63 Milliarden EUR steigt jährlich. Ein „Weiter so!“ kann und darf es nicht geben. Berlin wird auch in den nächsten Jahren auf Zahlungen des Bundes und der übrigen Länder angewiesen sein. Daher ist es wichtig, dass Berlin sich auf der Ausgabenseite zumindest an der Kostenstruktur der übrigen Länder misst. Andernfalls wird die Solidarität mit unserer Stadt immer weiter abnehmen.

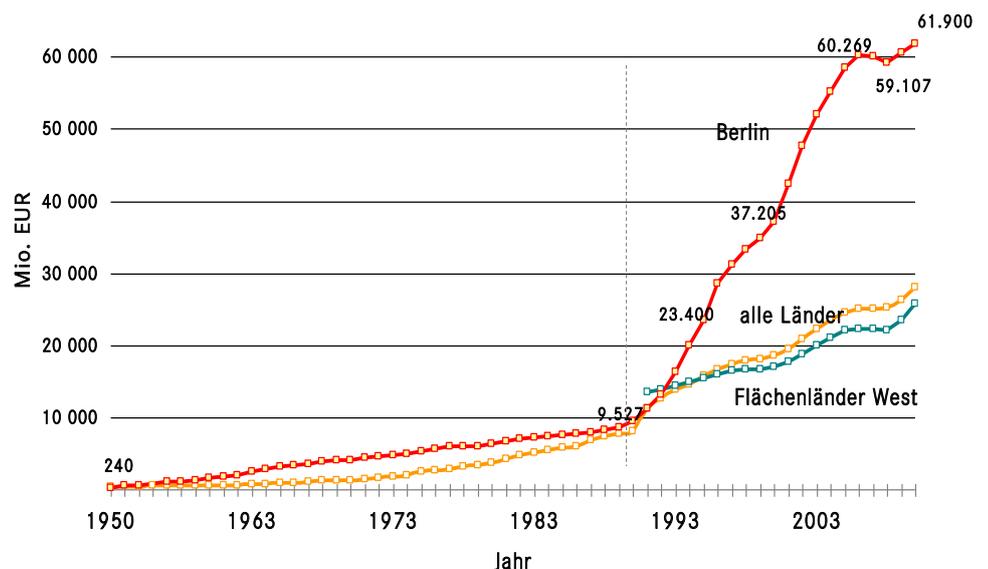
Die FDP fordert seit Jahren, alle Ausgaben des Landes und der Bezirke auf den Prüfstand zu stellen. Das Einhalten der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse, die einen ausgeglichenen Haushalt ab 2020 vorschreibt, ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Wir wollen schon in der nächsten Legislaturperiode einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen und mit dem Abbau von Schulden beginnen. Wir wissen: Schuldentilgung ist kein Selbstzweck, sondern unbedingte Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Nur so kann das, was wir alle an Berlin schätzen, wie ein gut ausgebautes ÖPNV-System, eine umfangreiche Kinderbetreuung und soziale Balance auch in Zukunft bewahrt werden.

- Eine Sanierung des Berliner Haushalts durch immer neue Erhöhungen von Abgaben und Steuern lehnt die FDP ab. Die Einnahmen des Landes

wollen wir durch kontinuierliches Wachstum der Berliner Wirtschaft und mehr Beschäftigung steigern. Schon jetzt profitiert Berlin von dem durch liberale Wirtschaftspolitik begünstigten bundesweiten wirtschaftlichen Aufschwung. Berlin benötigt dauerhaft höhere Wachstumsquoten, um den Rückstand in der Wirtschaftskraft wett zu machen.

- Wir werden die Berliner Verwaltung schlanker machen, unnötige Aufgaben beenden und Doppelstrukturen abbauen. Den Personalbestand wollen wir auf das Niveau anderer Stadtstaaten einstellen und damit um circa 10% auf unter

Verschuldung des Landes Berlin



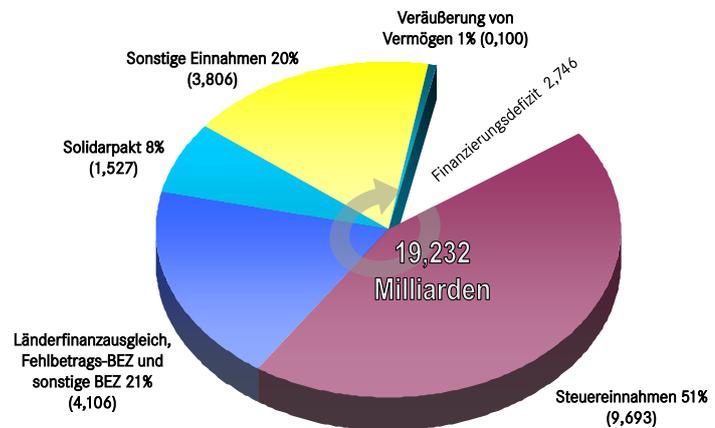
93.000 Vollzeitstellen reduzieren.

- Sämtliche Ausgaben Berlins sind auf ihre tatsächliche Effizienz hin zu untersuchen; wird der mit dem Mitteleinsatz beabsichtigte Zweck nicht erreicht, sind die Ausgaben einzustellen, dies gilt besonders im Bereich der Sozial-, Arbeits- und Gesundheitsverwaltung.
- Zuwendungen an Dritte sind zukünftig nur noch dann auszugeben, wenn für die Vorjahre der Mitteleinsatz evaluiert und geprüft worden ist.
- Betrug, Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit und Leistungerschleichung werden wir stärker und konsequenter bekämpfen. Der Ehrliche darf nicht

der Dumme sein!

- Wir wollen Vermögen aus Beteiligungen zur Schuldentilgung aktivieren, hierfür sind alle Landesbeteiligungen kritisch zu hinterfragen.
- Wir wollen die ständige Verschwendung, die der Berliner Landesrechnungshof jedes Jahr neu und in erheblichem Umfang bemängelt, abstellen.
- Allein im laufenden Doppelhaushalt 2010/11 hat die Berliner FDP-Fraktion im Detail nachgewiesen, dass ohne wesentliche Einbußen in der Qualität der Leistungen für die Bürger jährlich rund 400 Mio. EUR eingespart werden können.
- Wir werden durch eine Einkaufsstelle des Landes die Beschaffungen bündeln, professionell ausschreiben, die Einkaufsabläufe und das Lieferantenmanagement verbessern und so 10% der Einkaufskosten von derzeit 5 Mrd. Euro sparen.
- Wir schaffen die teuren und ideologisch geprägten Beschäftigungsprogramme ab. Allein beim sogenannten Öffentlich Geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) lassen sich so über 60 Millionen Euro an Landesmitteln jährlich sparen.
- Darüber hinaus wollen wir rot-rote Symbol-Projekte, bei denen zwar EU- oder Bundesmittel fließen, aber zusätzlich Landesmittel zugeschossen

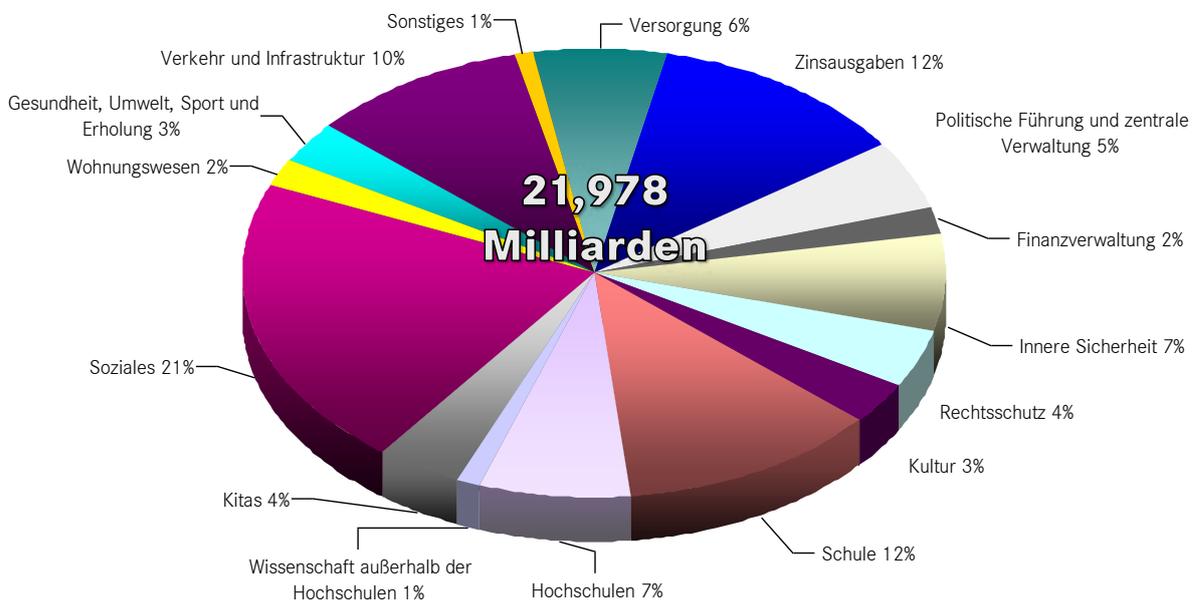
Einnahmen des Landes Berlin



werden müssen, auf ihren Nutzen prüfen. Hierbei sind Einsparungen an Landesmitteln im zweistelligen Millionenbereich möglich.

- Das Forderungsmanagement ist in Berlin zu verbessern. Forderungen im dreistelligen Millionenbereich wollen wir durch eine zentrale Forderungsstelle und die Einbeziehung der Erfahrungen externer Dienstleister für Berlin sichern.
- Weitere konkrete Einsparungen ergeben sich u.a. durch Streichung der Sonderförderung des rot-roten Einheitsschulmodells und der Einstein-Stiftung, die ihren Stiftungszweck nicht erfüllt hat, sowie durch Übertragung von Logistik und Fahrdiensten auf private Unternehmen.

Ausgaben des Landes Berlin



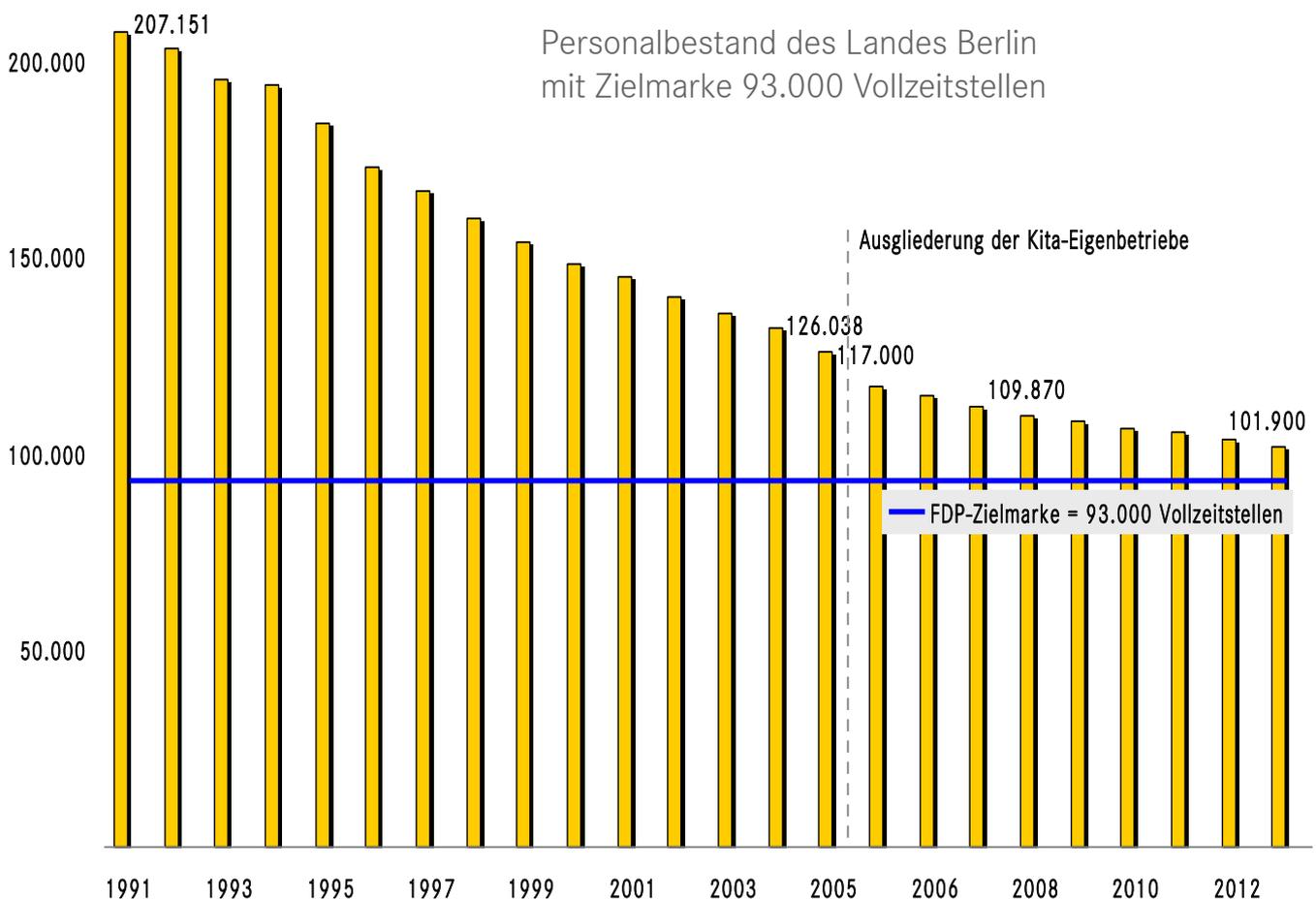
ÖFFENTLICHER DIENST UND PERSONALENTWICKLUNG

Schlank, leistungsfähig, hochmotiviert

Wir wollen, dass die Berliner sich auf eine schnelle und gute Berliner Verwaltung verlassen können. Daher bekennen wir uns zu einem schlanken, leistungsfähigen, hochmotivierten und gut bezahlten öffentlichen Dienst. Nur so können wir den öffentlichen Dienst leistungsfähig machen, ohne die Landeskasse und damit den Steuerzahler und kommende Generationen unnötig zu belasten.

- Wir wollen den Personalbedarf der Landesverwaltung durch eine bessere technische Ausstattung, Bürokratieabbau, Ablaufoptimierung und vor allem die Verkleinerung des Aufgabekatalogs auf hoheitliche Kernaufgaben auf unter 93.000 Vollzeit-Stellen senken. Begleitend werden wir den Personalbestand anpassen.

- Statt der bisherigen Mangelverwaltung und dem „Sparen mit dem Rasenmäher“ der letzten Jahrzehnte werden wir den Beschäftigten des Landes damit eine klare Zukunftsperspektive mit leistungsgerechter Bezahlung bieten können.
- Wir werden die Bezahlung der Beschäftigten schrittweise wieder an den Bundesdurchschnitt heranführen, damit wir im Wettbewerb um die besten Köpfe mit den Bundesbehörden und den anderen Bundesländern bestehen. Auf diese Weise werden wir auch das Entgelt für Berliner Lehrerinnen und Lehrer attraktiv gestalten können, ohne zur Verbeamtung mit all ihren hohen zukünftigen Versorgungslasten zurückzukehren.
- Wir wollen, dass Leistung sich auch in der Berliner Verwaltung lohnt. Darum wollen wir Leistungsträgern in Zukunft Leistungsprämien zahlen.



VERWALTUNGSREFORM

Bürgerfreundlich, unternehmerfreundlich und effizient

Nur mit einer grundlegenden Reform seiner Verwaltung wird sich Berlin dynamisch als Kern einer zukunftsfähigen Metropolregion entwickeln können. Verwaltung ist ausschließlich für das Wohl der Bürger und Unternehmen da. Um dies zu erkennen, bedarf es eines grundlegenden Mentalitätswechsels in der Verwaltung hin zu einer Dienstleistungsorientierung.

- Wir wollen dem einzelnen Verwaltungsmitarbeiter dafür größere persönliche Verantwortungsbereiche übertragen und leistungsbezogene Anreize für ein bürgerfreundliches Handeln setzen. Dabei soll auch der Grundsatz „Keine Verantwortung ohne ausreichende Kompetenz und Budgethoheit“ gelten.
- Wir wollen, dass Bürger und Unternehmen schnell qualitativ hochwertige und serviceorientierte Dienstleistungen erhalten. Die Verwaltung muss sich künftig in erster Linie an ihrer Wirkung als Dienstleister messen lassen (Outputorientierung).
- Zuvorderst steht die Aufgabenkritik. Was gar nicht gemacht werden muss, muss auch nicht organisiert werden. Wir wollen deshalb alle Verwaltungsaufgaben kritisch auf eine mögliche Streichung überprüfen und ein von vornherein festgelegtes Verfallsdatum für Gesetze und Verordnungen einführen.
- Verwaltungsverfahren werden wir weitgehend beschleunigen und vereinfachen. Durch ein Wirksamkeitscontrolling werden wir die Ergebnisse der Verwaltung und den Nutzen der dafür erforderlichen Ausgaben regelmäßig nach vorgegebenen Kriterien messen und bewerten.
- Wir werden möglichst viele Genehmigungsverfahren in Anzeigeverfahren umwandeln. Ausnahmen, also die Beibehaltung der Genehmigungspflicht, bedürfen einer Begründung. Für alle Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren ist eine Genehmigungsfiktion einzuführen. Wenn innerhalb einer festgesetzten Frist kein Bescheid erfolgt, gilt die Genehmigung automatisch als erteilt.
- Wir wollen, dass Bürger und Unternehmen sich

für alle Anliegen an eine einzige Anlaufstelle wenden können. Der Bürger braucht nicht zu wissen, welche Verwaltung im Hintergrund die Arbeit leistet. Für die Anlaufstellen wollen wir viele Wege eröffnen: Bürgerämter, zentrale Einwahlnummern (zum Beispiel „115“) und vor allem auch das Internet.

- Berlin soll zum Vorreiter für elektronische Angebote der Verwaltung (eGovernment) werden. Möglichst viele Anliegen sollen Bürger auch über das Internet erledigen können.
- Software mit offenen Quellen bietet Vorteile bei zahlreichen Diensten. Die Berliner FDP fordert deshalb den Einsatz von Open-Source-Software zunächst bei Geo-Datendiensten, Verwaltungsinformationsdiensten und der Bauleitplanung.
- Wir wollen einheitliche Standards für die Informations- und Kommunikationstechnik des Landes und der Bezirke einführen. Die zersplitterte IT-Landschaft in Berlin ist ineffizient und teuer.
- Über die einheitliche Vorgabe offener Standards für Kommunikationsschnittstellen der Berliner Verwaltung (zwischen Behörden sowie zu Bürgern und Unternehmen) wollen wir gleichzeitig die Effizienz der Kommunikation erhöhen und den Wettbewerb verschiedener Lösungen fördern. Dies stärkt Innovationen und vermeidet Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern.
- Die Verschränkung und Doppelung von Aufgaben macht die Berliner Verwaltung schwerfällig und bürokratisch. Unser Ziel ist die abschließende



Was will die FDP mit Servicekratie?

Bürokratie heißt „Die Herrschaft der Verwaltung“. Aber viel besser läuft's, wenn der Servicegedanke herrscht.

fdp-berlin.de

DIE NEUE FDP
Wahlfreiheit

Erbringung von Leistung entweder auf Landes- oder Bezirksebene. Die Kompetenzabgrenzung zwischen Land und Bezirken ist dafür eindeutig zu lösen. Klare Zuständigkeits- und Verantwortungsabgrenzungen müssen auch zwischen einzelnen Senatsverwaltungen geschaffen werden.

- Themen, die eindeutig gesamtstädtischen Charakter haben, sind in einem Aufgabenkatalog aufzulisten und in gesamtstädtischer Zuständigkeit zu konzentrieren. Dazu gehören zum Beispiel großflächige Planungen, übergreifende Verkehrsstruktur und Wirtschaftsförderung. Darüber hinaus gehende fachliche Eingriffsrechte der Senatsverwaltungen und ad-hoc-Koordinationsgremien wie das „Forum City West“ wollen wir

auflösen. Auch den Rat der Bürgermeister, der sich zu einem landespolitischen Entscheidungs- oder vielmehr Verhinderungsgremium verselbstständigt hat, wollen wir abschaffen.

- Die Bezirke sollen durch das Bezirksamt und die Bezirksverordnetenversammlungen für die ihnen zugewiesenen Aufgaben abschließende Entscheidungen treffen können. Auf diese Weise werden auch deutlich mehr bezirkliche Bürgerentscheide verbindlich als bisher, da sich diese nur auf Entscheidungskompetenzen der Bezirke beziehen können.
- Wir fordern weiterhin das Politische Bezirksamt. Nur so können Verantwortlichkeiten transparent zugeordnet, die Bezirksverordnetenversammlungen gegenüber den Bezirksamtern gestärkt und der Wählerwille durch Bildung politischer Mehrheiten in politisches Handeln umgesetzt werden.
- Tätigkeiten, die nicht der politischen Steuerung, sondern der bloßen Durchführung von Aufgaben dienen (z.B. Immobilienverwaltung, Grünflächenpflege, IT-Betrieb), wollen wir zur Erhöhung der Effizienz über mehrere Bezirke bündeln. Die Bezirke sollen diese Aufgaben eigenverantwortlich an private Betreiber, eine Landesgesellschaft oder eine von mehreren Bezirken betriebene Gesellschaft vergeben können.

INNERES UND SICHERHEIT

Sicherheit und Freiheit in Balance

Die Achtung der Werte unserer Verfassung, der Schutz der grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechte, die Bewahrung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung sind die Basis einer freien und friedlichen Gesellschaft. Die Innenpolitik hat daher eine zentrale Bedeutung für die Bürgerrechtspartei FDP. Aufgabe des Staates ist es, die Menschen davor zu schützen, dass ihre Rechte verletzt werden.

Wir wollen keine Gesellschaft, in der Menschen, die sich an Recht und Gesetz halten, keine Privatsphäre mehr haben, weil der Staat jedem mit Misstrauen begegnet. Im Gegenteil: Jeder, der sich nichts zu Schulden kommen lässt, hat Anspruch darauf, vom Staat in Ruhe gelassen zu werden.

Darum wollen wir Sicherheitsgesetze, die einen effektiven Schutz vor Verbrechen bieten. Allerdings darf der Sicherheitsgedanke nicht so weit führen, dass die Grundrechte aller von vornherein oder auf Vorrat eingeschränkt werden und Eingriffe sich nicht mehr an der Abwehr konkreter Gefahren orientieren. Jede Regelung muss das Ergebnis einer Abwägung zwischen dem potentiellen Gewinn an Sicherheit und dem damit einhergehenden Verlust an Freiheit sein. Absolute Sicherheit kann es in einem freiheitlichen Staat nicht geben. Ein Staat, der auf die Freiheit setzt, kann nicht mit Mitteln eines Überwachungsstaats agieren, ohne dabei genau das aufzugeben, was er verteidigen möchte: die Grundrechte und die Freiheit der Menschen. Für Liberale gilt bei der Abwägung zwischen Sicherheit und Freiheit: Im Zweifel für die Freiheit!

Inneres und Sicherheit

Extremismus

Die FDP verurteilt jede Art von Extremismus und ideologische Intoleranz, egal, ob von „links“, „rechts“ oder aus vermeintlich „religiösen“ Gründen. Niemand, erst recht kein Extremist, darf einem Bürger diktieren, in welchem Bezirk er wohnen, Eigentum erwerben oder welche Automarke er fahren darf. Niemand darf anderen Menschen deren Menschenrechte zum Beispiel aufgrund des Geschlechts, ethnischer Herkunft oder sexueller Identität absprechen.

- Linksextremistische Tendenzen wollen wir daher ebenso wie beim Rechts- und religiösem Extremismus frühzeitig gesellschaftlich bekämpfen.
- Die Polizei muss in die Lage versetzt werden, Kfz-Brandstiftungen und andere extremistische Delikte verstärkt zu verfolgen. Wir werden die Beweissicherung auch bei Gewalttaten anlässlich von Großlagen wie zum Beispiel dem 1. Mai sicherstellen.
- Mit der Aufklärung über die Gefahren des Extremismus wollen wir schon bei Kindern und Jugendlichen ansetzen. Diese Inhalte müssen daher früh Gegenstand der schulischen Bildung werden.

Polizei

Berlin braucht eine moderne bürgernahe Großstadtpolizei. Die Polizei muss mehr Präsenz auf der Straße zeigen können, um wieder anerkannter Ansprechpartner für die Bürger („Freund und Helfer“) zu werden.

- Wir werden die Polizei durch Anhebung des Personalbestands um 300 auf 16.160 Polizeivollzugsbeamte und durch moderne Einsatzausstattung in die Lage versetzen, ihre Präventionsanstrengungen zu verstärken.
- Das staatliche Gewaltmonopol muss von allen Gesellschaftsgruppen anerkannt und respektiert werden. Parallelgesellschaften mit eigener Gewaltausübung werden wir nicht tolerieren.
- Orte unverhüllter Kriminalität darf es nicht länger geben. Wir werden solche Orte zu Schwerpunkten des polizeilichen Handelns machen.
- Wir wollen, dass die Bürger mit dem

Kontaktbereichsbeamten wieder flächendeckend nicht nur auf dem Papier sondern tatsächlich einen polizeilichen Ansprechpartner erhalten.

Feuerwehr und Rettungsdienste

Wir werden gewährleisten, dass die Berliner Rettungsdienste künftig die vorgegebenen Eintreffzeiten bei der Lebensrettung in allen Berliner Bezirken einhalten.

- Echte Notfälle müssen gegenüber Bagatellen vorrangig behandelt werden. Dazu werden wir die Notrufbearbeitung priorisieren und optimieren, um dem anwachsenden Bedarf im Bereich der Notfallrettung gerecht zu werden.
- Krankentransportaufgaben und Rettungsdienste mit niedriger Priorität werden wir verstärkt durch Private erledigen lassen, um die Versicherten finanziell zu entlasten und das Leistungsniveau bei wichtigen Notfällen zu steigern.

Bürgerrechte

Bürgerrechte und deren Wahrung sind zentraler Teil liberaler Politik. Die Freiheit des Einzelnen hat grundsätzlich



FDP dokumentiert Polizeieinsatz gegen gewalttätige Chaoten am 1. Mai 2011

Vorrang gegenüber staatlicher Regulierung. Politische Zielvorstellungen werden wir nicht durch Verbote ohne Nachweis einer Geeignetheit der Maßnahme durchsetzen, sondern durch intelligente Rahmensetzungen und Anreizmechanismen, die dem mündigen Bürger Spielraum für eigenverantwortliche Entscheidungen einräumen. Wir stellen uns gegen eine Politik, die Problemlösungen schnell in Verboten und schärferen Gesetzen erblickt.

- Eingriffe in Grundrechte kommen für uns nur dann in Betracht, wenn die Eignung einer Maßnahme

tatsächlich erwiesen ist und auf wirksame mildere Mittel nicht ernsthaft zurückgegriffen werden kann.

- Zudem werden wir durchsetzen, dass von der Berliner Polizei zur Gefahrenabwehr nur noch Daten von rechtskräftigen Verurteilungen und nicht - wie bislang - auch von Verfahrenseinstellungen herangezogen werden dürfen.
- Wir wollen, dass jeder unbescholtene Bürger sich unbeobachtet im öffentlichen Raum bewegen kann. Eine diesbezügliche verdachts- und anlassunabhängige Überwachung lehnen wir daher ab. Videoaufnahmen im öffentlichen Raum dürfen daher nur bei konkretem Verdacht einer Straftat dauerhaft gespeichert werden. Nur für die Aufklärung einer Straftat können die relevanten Aufnahmen der letzten Stunden durch technische Mittel gesichert werden (Quick-Freeze-Verfahren). Eine Vorratsdatenspeicherung lehnen wir ab.
- Liberale Politik tritt für den Grundrechtsschutz ein. Erhebliche Eingriffe dürfen nur nach vorheriger Zustimmung durch einen Richter erfolgen. Eilmaßnahmen müssen die Ausnahme bleiben.
- Der Richtervorbehalt darf nicht durch die Annahme von Gefahr im Verzug de facto umgangen werden. Wir setzen uns gegen eine Lockerung des Richtervorbehalts ein und wollen die praktische Einhaltung des Richtervorbehalts ebenso wie die tatsächliche Durchführung einer richterlichen Prüfung durch eine rechtswissenschaftliche Forschungseinrichtung untersuchen lassen.

Datenschutz

Ein wirksamer Datenschutz ist Voraussetzung für die Wahrung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung der Bürger. Dabei ist der Grundsatz der Datensparsamkeit oberstes Gebot: Daten, die gar nicht erst erhoben werden, können auch nicht missbraucht werden.

- Für den Bürger muss erkennbar sein, welche Daten erhoben und wie diese genutzt und ggf. verbreitet werden. Daher wollen wir die Auskunftsansprüche zu gespeicherten eigenen Daten stärken, vor allem über das Internet. Die Auskunft soll grundsätzlich kostenlos erfolgen.
- In öffentlichen Stellen müssen

Zugriffsrechte auf gespeicherte Daten auf die für die jeweilige Aufgabe notwendige Datenmenge beschränkt werden. Um das zu gewährleisten, ist der Berliner Beauftragte für Datenschutz frühzeitiger in Gesetzgebungsverfahren einzubeziehen, was wir gesetzlich absichern werden.

- Medienkompetenz wollen wir bereits frühzeitig in der Schule vermitteln, so dass Kinder und Jugendliche mögliche Konsequenzen freiwillig verbreiteter Daten insbesondere bei der Nutzung des Internets selbst einschätzen können.
- Ebenso lehnen wir das systematische automatisierte Erfassen von Fahrzeugkennzeichen ab, da dadurch ein Generalverdacht gegenüber allen Verkehrsteilnehmern zum Ausdruck gebracht wird.
- Wir sehen die Privatsphäre eines Menschen gegenüber privatwirtschaftlichen Akteuren nicht minder schützenswert an als gegenüber staatlichen Stellen. Gerade hier wollen wir die Rechte von Bürgern auf informationelle Selbstbestimmung stärken und den Schutz ihrer personenbezogenen Daten verbessern. Insbesondere wollen wir kommerziellen Missbrauch von persönlichen Daten und das Erstellen von Persönlichkeitsprofilen verhindern.
- Dem missbräuchlichen Erheben, Nutzen oder Verbreiten von Daten werden wir durch wirksame Sanktionen entgegenzutreten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch bei einer erlittenen immateriellen Schädigung ein zivilrechtlicher Mindestschadensersatzanspruch geltend gemacht werden kann.



Liberaler auf der Demo „Freiheit statt Angst“ für Datenschutz

- Wir setzen uns für eine Stärkung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger bei der Erteilung von Melderegisterauskünften ein. Auskünfte sollen zukünftig nur noch bei Vorliegen eines berechtigten Interesses erfolgen. Auskünfte zum Zwecke der Markt- und Meinungsforschung, der Werbung und des Adresshandels sollen künftig nur noch dann zulässig sein, wenn die Betroffenen einer Übermittlung ihrer Meldedaten für diesen Zweck zugestimmt haben.

Transparenz und Korruptionsbekämpfung

Die FDP setzt auf Transparenz. Korruption und Filz in der Berliner Politik und Verwaltung werden wir einen Riegel vorschieben.

- Landesunternehmen und Verwaltung müssen Auftragsvergaben nach wirtschaftlichen Kriterien vornehmen, nicht nach Parteibuch. Indem wir diese Filz-Wirtschaft zu Gunsten weniger Genossen beenden, können wir alle Steuerzahler entlasten und fairen Wettbewerb sicherstellen.
- Wir setzen uns für eine gesetzliche Sperrfrist-Regelung ein, die den Eintritt in ein Geschäft oder Unternehmen, auf das mit einem vorhergehenden politischen Amt Einfluss genommen werden konnte, für wenigstens zwei Jahre verhindert.
- Wir treten für ein konsequentes Vier-Augen-Prinzip ein.
- Die geplanten Maßnahmen zur Umsetzung der Korruptionsbekämpfung durch den Berliner Senat müssen unverzüglich und konsequent umgesetzt werden.
- Die Transparenz der Arbeit der Bezirke wird durch Bezirksbilanzen, die den Bürger jährlich über die Arbeit der Verwaltung aufklären, erhöht. Die Gebühren für Auskunftserteilung und Akteneinsicht im Rahmen des Berliner Informationsfreiheitsgesetzes werden abgeschafft. Lediglich die Kostenübernahme für Kopien und Abschriften bleibt erhalten.
- Auf Landes- und Bezirksebene sollen die Bürgerinnen und Bürger ebenso wie die Angehörigen der Verwaltung und die Geschäftspartner der öffentlichen Hand die Möglichkeit erhalten, sich an einen Vertrauensanwalt zu wenden. Dieser

soll von den Genannten vertrauliche Mitteilungen entgegen nehmen, aus denen sich der Verdacht von Korruption oder anderen schwerwiegenden Verfehlungen ergibt. Ziel seiner Arbeit soll die Aufklärung von Korruptionssachverhalten und die Herauslösung von darin verwickelten Personen sein. Der Vertrauensanwalt soll den Personen, die Hinweise zur Korruption geben, auf ihren Wunsch anwaltliche Verschwiegenheit zusichern können.

Direkte Demokratie und Wahlrecht

Wir setzen uns dafür ein, dass die direkte Teilhabe der Bürger an wichtigen Entscheidungen für unsere Stadt gestärkt wird. Wir wollen deshalb die direkte Demokratie weiter ausbauen.

- Die Bürger sollen bei wichtigen großen Vorhaben berlinweiter Bedeutung (v.a. Infrastrukturvorhaben) frühzeitig ausführlich über Alternativen informiert und ihnen Gelegenheit zur öffentlichen Diskussion gegeben werden. Dadurch wird die Legitimation von Entscheidungen erhöht und die Verfahren werden verkürzt.
- Abstimmungstermine von Volks- und Bürgerentscheiden müssen nach dem Interesse der Bürger und nicht nach Gutdünken des Senats bestimmt werden. Sie sollen auf maximal drei im Voraus definierte Abstimmungstermine pro Jahr konzentriert und möglichst mit Wahlterminen verbunden werden.
- Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Bürgerentscheide in den Bezirken in Zukunft verbindlich sind. Derzeit haben die meisten Bürgerentscheide nur empfehlenden Charakter.
- Das Wahlrecht ist ein Bürgerrecht. Wir werden den Wählern beim Wahlvorgang mehr Einfluss auf die Listenreihenfolge der Kandidaten einräumen und ihnen ermöglichen, mit ihrer Stimme nicht nur Parteien, sondern auch einzelne Bewerber auszuwählen und so die Parteilisten zu verändern. Wir bleiben die einzige Partei in Berlin, die sowohl auf Bezirks- als auch auf Landesebene das so genannte „Kumulieren“ (Gewichtung von Kandidaten) und „Panaschieren“ (Aufteilung der Stimmen auf mehrere Parteien) einführen will.

JUSTIZ

Rechtsstaat verteidigen, schnell und wirksam intervenieren

Die Gewährleistung des mit unserer demokratischen Ordnung untrennbar verbundenen freiheitlichen Rechtsstaats steht im Mittelpunkt unserer Rechtspolitik. Grundlegende Voraussetzung ist eine funktionierende Justiz mit qualifiziertem Personal, die schnellen und effektiven Rechtsschutz gewährleistet. Bei der Strafverfolgung werden wir uns dafür stark machen, dass gezielte Eingriffe Vorrang haben vor flächendeckenden Maßnahmen, die viele Unbeteiligte in ihren Grundrechten belasten.

Gerichte/Staatsanwaltschaft

Wir wollen den Rechtsstandort Berlin stärken. Daher werden wir die organisatorischen und personellen Rahmenbedingungen verbessern.



- Um effektiven Rechtsschutz zu gewähren, müssen die Verfahrensdauern auf ein erträgliches Maß verringert werden. Wir werden daher unbesetzte Stellen bei der Staatsanwaltschaft nicht mehr akzeptieren und die Gerichte mit einer ausreichenden Anzahl an Richterstellen ausstatten.
- Die Modernisierung der Justiz wollen wir fortführen. Hierzu gehört die elektronische Aktenführung ebenso wie ein verbesserter Onlineauftritt, ein vereinfachter elektronischer Rechtsverkehr für Bürger und Anwaltschaft, eine verbesserte Erreichbarkeit von Richtern für Verfahrensbeteiligte sowie eine verbesserte Arbeitsorganisation zwischen Richtern, Staatsanwälten und ihren Geschäftsstellen.

- Bei neuen EDV-Systemen werden wir auf länderübergreifende Lösungen setzen, um Risiken und Kosten zu minimieren und möglichst hohe Kompatibilität zu erreichen.
- Mittels juristischer Schulung und Fortbildung der Jobcentermitarbeiter werden wir dazu beitragen, die Fehlerquote der ALG-II-Bescheide verringern, die das Berliner Sozialgericht stark belasten.

Kinder- und Jugendkriminalität

Viele Erst-Taten werden bereits im kindlichen Alter begangen. Nur durch eine frühzeitige und entschiedene Intervention können für das Kind negative Tendenzen festgestellt und durch ein familienunterstützendes Eingreifen frühzeitig gestoppt werden. So können wir „kriminelle Karrieren“ schon im Keim beenden.

- Jugendliche Ersttäter müssen zeitnah staatliche Sanktionen zu spüren bekommen. Das gilt auch in Zeiten sinkender Fallzahlen. Die derzeitigen Standards – spätestens fünf Wochen nach einem Scheitern der Diversion erfolgt gegebenenfalls Anklage im vereinfachten Jugendverfahren – müssen gehalten werden. Das ist insbesondere durch eine angemessene Personalausstattung der Staatsanwaltschaft sicherzustellen.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass ein „Warnschuss“-Arrest, ein kurzer Arrest neben einer Jugendstrafe zur Bewährung, eingeführt wird. Damit wird ein flexibles Instrument unterhalb der längerfristigen Haft zur Verfügung stehen, das in geeigneten Fällen dem Jugendlichen die Konsequenzen einer Haftstrafe aufzeigt, ohne ihn tatsächlich längerfristig aus dem Alltag herauszulösen.
- Transparenz in der Jugendstrafrechtspflege kann nur erreicht werden, wenn Richter, Staatsanwälte und Jugendgerichtshelfer ausschließlich erst dann eingesetzt werden, wenn sie nachgewiesen haben, dass sie in der Jugenderziehung erfahren sind. Aktive Amtsträger in der Jugendstrafrechtspflege sind regelmäßig in Sozialpädagogik und Psychologie fortzubilden.
- Wir werden ein datenschutzgerechtes Frühwarnsystem für auffällige Kinder und Jugendliche unter Mitwirkung von Schulen, Jugendämtern, Polizei, Justiz und weiteren betroffenen Einrichtungen



aufbauen. Dies soll es vor allem dem zuständigen Jugendamt ermöglichen, problematisches Verhalten von Kindern und Jugendlichen schnell zu erkennen und frühzeitig die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten.

- Wir werden die von Jugendämtern, Strafverfolgungsorganen und Gerichten beauftragten und von verschiedenen Trägern durchgeführten Maßnahmen nach dem Kinder- und Jugendhilferecht sowie dem Jugendgerichtsgesetz (z. B. soziale Trainingskurse, Anti-Gewalt-Kurse, etc.) evaluieren lassen. Künftig müssen für jede Maßnahme deren Wirksamkeit und die Nachhaltigkeit des erzielten Erfolges in jedem Einzelfall erfasst und nachgewiesen werden. Projekte und Maßnahmen, die keinen entsprechenden Nachweis erbringen können, werden wir beenden und nicht mehr weiter finanzieren.
- Um Defizite im System des Kinder- und Jugendhilfeschutzes zu erkennen und steuernde Maßnahmen ergreifen zu können, werden wir zukünftig statistisch erfassen lassen, welche Interventionsmaßnahmen (z. B. Gebote, Verbote, Entziehung des Sorgerechts, Unterbringung in einer geschlossenen Einrichtung der Jugendhilfe) von Jugendämtern und Familiengerichten angeregt, beantragt und angeordnet worden sind. Gegenwärtig weigern sich Senat und rot-rote Koalition, die notwendigen Zahlen zu erheben.
- Eine Absenkung des Strafmündigkeitsalters von 14 Jahren halten wir derzeit nicht für erforderlich, da bereits heute im Kinder- und Jugendhilferecht ein breites Spektrum an Maßnahmen zur Verfügung steht, um auf Kinderkriminalität zu reagieren. Wir werden aber die Jugendämter dazu anhalten, von den bestehenden Möglichkeiten endlich konsequent Gebrauch zu machen.
- Wir wollen unter anderem auch geschlossene Einrichtungen vorhalten, in denen kriminelle Kinder

in besonders schwerwiegenden Einzelfällen untergebracht werden können, um eine Gefährdung der Allgemeinheit oder eine Beeinträchtigung des Sozialisierungsprozesses auszuschließen.

- Wir streben an, die Verfahrenszeiten für jugendliche Straftäter weiter zu verkürzen und endlich zu erreichen, dass die Strafe der Tat auf dem Fuß folgt. Darum werden wir die Anzahl der Jugendrichter beibehalten, selbst wenn aufgrund des erhöhten Verfolgungsdrucks im Bereich der Jugendkriminalität die gerichtlichen Eingangszahlen zurückgehen sollten.

Strafvollzug

Eine wirksame Resozialisierung von Straftätern setzt einen zeitgemäßen Anforderungen genügenden Strafvollzug voraus.

- Zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Entweichung von Straftätern werden wir in den einzelnen Justizvollzugsanstalten diejenigen Bereiche identifizieren, in denen eine personelle Unterausstattung besteht. Diese Bereiche wollen wir mit der notwendigen Anzahl an Mitarbeitern ausstatten.
- Wir werden die Berliner Justizvollzugsanstalten mit Drogenspürhunden ausstatten, um den Drogenschmuggel zu verringern und das Aufspüren von Drogen innerhalb der Anstalten und der Haftzellen zu erleichtern.
- Für möglichst viele ausländische Strafgefangene, die nach der Strafverbüßung ohnehin nicht in Deutschland bleiben, wollen wir eine Strafverbüßung im Heimatland erreichen.
- Die menschenunwürdigen Umstände, unter denen immer noch einzelne Gefangene in Berliner Gefängnissen untergebracht sind, werden wir unverzüglich beenden. Dabei setzen wir für einen Übergangszeitraum auf die Bildung von Vollzugsgemeinschaften mit anderen Bundesländern.
- Berliner Gefängnisse werden wir mit Handystörsern ausstatten, um ungeprüfte Kontakte und Verabredungen mit Außenstehenden zu unterbinden.
- In der neuen Justizvollzugsanstalt Heidering bei Großbeeren werden wir möglichst viele Aufgaben durch Private und freie Träger erfüllen lassen. Hoheitliche Kernaufgaben im Strafvollzug werden allerdings auch weiterhin nur durch Vollzugsbeamte erfüllt werden.

Opferschutz

Im Strafprozess darf nicht nur der Täter im Mittelpunkt stehen; auch den Interessen des Opfers muss in jeder Lage des Verfahrens Rechnung getragen werden.

- Wir wollen die stärkere Anwendung des sogenannten Adhäsionsverfahrens, der Verbindung von Straf- und Zivilprozess, durch Fortbildung der Richter und Staatsanwälte fördern. So kann dem Opfer schon im Strafprozess ein Schadensersatzanspruch zuerkannt werden – ohne ein weiteres langwieriges Verfahren vor den Zivilgerichten.
- Wir fordern die Einrichtung von Anlaufstellen für Opfer linker Gewalt, wie dies bislang nur für Opfer

von rechter Gewalt der Fall ist.

- Auch Opfern, die als Zeugen von Verbrechen traumatisiert werden, muss staatliche Betreuung zuteilwerden.
- Opfer von Stalking-Übergriffen erhalten kaum wirksame Hilfestellungen seitens der Polizei oder anderer Behörden und sehen sich dadurch – meist sehr lange Zeit – einer als akut empfundenen Bedrohungssituation ausgesetzt. Um Abhilfe zu schaffen und einer potenziellen Traumatisierung der Opfer entgegenzuwirken, werden wir die Zusammenarbeit der zuständigen Stellen verbessern. Verstöße gegen richterliche Verfügungen müssen konsequent geahndet werden.

UMWELT

Ziel unserer Umweltpolitik ist es, die Lebensqualität in Berlin zu erhöhen und die Natur zu schützen. Um unsere Umweltziele zu erreichen, werden wir uns auf die wirksamsten und wirtschaftlichsten Maßnahmen konzentrieren. Kurzfristigen Aktionismus und Maßnahmen, deren Wirksamkeit nicht belegt ist, lehnen wir ab.

- Es ist erforderlich, dass wir Berlin auf die möglichen Folgen des Klimawandels vorbereiten. Wir werden daher Klimaschneisen planerisch sichern, sodass eine Durchlüftung der Stadt hinreichend gewährleistet ist. Das gilt besonders für die künftige Nutzung des Geländes des ehemaligen Flughafens Tempelhof und des Flughafens Tegel. Bei der Stadtentwicklungsplanung werden wir Bauformen befördern, die für künftige klimatische Bedingungen besonders geeignet sind.
- Das Grün in der Stadt wollen wir weiter ausbauen, grüne Nischen in der Stadt sichern sowie den Straßenbaumbestand erhalten.
- Zur Bekämpfung der Feinstaubbelastung wollen wir Büsche entlang der Straßen pflanzen, die den Feinstaub binden. Dies ist weit sinnvoller als die wirkungslose so genannte „Umweltzone“.
- Wir wollen die Vielfalt der in Berlin beheimateten Tier- und Pflanzenarten (Biodiversität) sichern und dazu bestehende Lebensräume von Artengemeinschaften erhalten, stabilisieren und vernetzen. Dazu wollen wir auch den in Berlin bestehenden Biotopverbund abrunden und sichern.
- Wir wollen im Natur- und Artenschutz das gemeinsame kreative Potenzial von Naturschützern

und Naturnutzern aktivieren, um wirksame und effiziente Lösungen zu finden.

- Unser Ziel ist, das Baden in der Spree für die Berlinerinnen und Berliner wieder zu ermöglichen. Wir wollen (im Gegensatz zum rot-roten Senat) die Vorgaben der europäischen Wasserrahmenrichtlinie zügig umsetzen. Wir wollen in allen Berliner Klärwerken die zusätzliche vierte Klärstufe errichten und ungeklärte Direkteinleitungen in die Gewässer in Zukunft möglichst unterbinden. Die Trennung von Regen- und Schmutzwasser in der Kanalisation wollen wir weiter vorantreiben und die notwendigen Rückhaltesysteme für Regenwasser schaffen, um Einleitungen von Abwasser bei starkem Regen zu verhindern.
- Das Grundwasserentnahmeentgelt wollen wir abschaffen, da es Wasser verteuert, wirtschaftsfeindlich und umweltpolitisch wirkungslos ist.
- Die Abfallentsorgung muss hohen ökologischen Ansprüchen genügen, gleichzeitig aber bezahlbar bleiben. Wertstofftonne und Biotonne sind im Wettbewerb auszuschreiben. Die Entsorgungswege für Abfälle müssen auf einen hohen Anteil stofflicher Verwertung ausgerichtet sein.
- Die Sauberkeit der Stadt wollen wir fördern, indem wir die Straßenreinigung effektiver machen.
- Wir wollen in allen Bezirken Naturschutz, Grünflächenplanung und Grünflächenpflege in einem Amt zusammenführen.
- Wir wollen die Umweltbildung verstärken, um ein besseres Verständnis für die Zusammenhänge im Natur- und Umweltschutz zu fördern.

GESUNDHEIT

Gesundheitsdienstleitungen und die Gesundheitswirtschaft haben eine zentrale Bedeutung für Berlin, die in Zukunft noch wachsen wird.

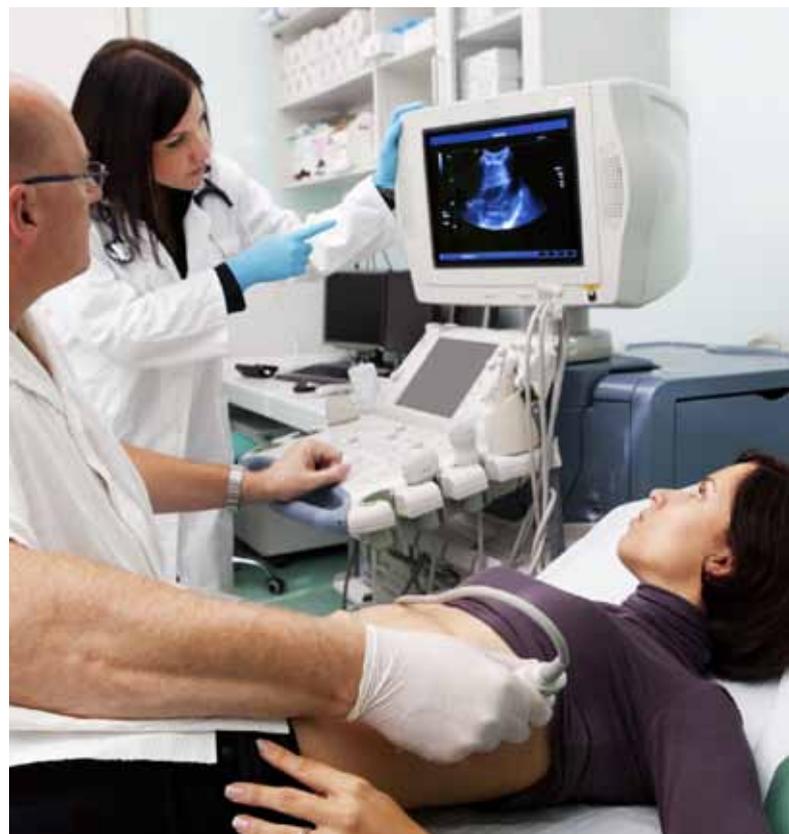
Krankenhäuser und Universitätsmedizin

Zu Recht erwarten die Berliner eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung in unserer Stadt. Wir wollen weniger politische Einflussnahme und Detailsteuerung, sodass selbstoptimierende wirtschaftliche Prozesse greifen können, damit sich das Angebot und die Qualität von Gesundheitsleistungen in unserer Stadt stetig verbessert.

- Wir wollen, dass mehr Fachpersonal für Leistungen am Patienten zur Verfügung steht. Die Organisation in der Krankenhauslandschaft muss weiter verbessert werden, damit Ressourcen erschlossen und nutzbringend für den Patienten angewandt werden können.
- Wichtiger als die Zahl der Betten ist eine leistungsorientierte und transparente Investitionsförderung, damit der Patient in einem Berliner Krankenhausbett gut versorgt und die Vor- und Nachbehandlung gut organisiert ist. Daher wollen wir lieber geringere Bettenzahlen, wenn wir gleichzeitig die teilstationäre und ambulante Versorgung verbessern und sie besser mit dem stationären Sektor koordinieren.
- Stundenlange Wartezeiten in den Rettungsstellen werden wir abstellen. Dazu werden wir u.a. Mindeststandards für Wartezeiten und einen Personalschlüssel nach Maßgabe des Patientenaufkommens vorgeben.
- Wir wollen ein Ende der Planungswillkür und der Undurchsichtigkeit der Investitionszuschüsse in der Krankenhausplanung. Dazu werden wir eine zentrale Senatszuständigkeit für den Krankenhausbetrieb aller Berliner Krankenhäuser schaffen.
- Wir wollen die Universitätsmedizin und die Grund- und Regelversorgung entflechten. Den Krankenhausbetrieb der Charité werden wir dazu auf den Standort Steglitz konzentrieren und dort einen Neubau mit einem angegliederten Life-Science-Campus der Gesundheitswirtschaft und -wissenschaft errichten.
- Die universitären Aktivitäten der Charité werden wir in eine Medizinische Hochschule in

öffentlicher Trägerschaft überführen. Dieser wollen wir mehr wissenschaftliche und wirtschaftliche Freiheit durch Zielvereinbarungen einräumen, die die bisherige Detailsteuerung ersetzen. Dazu wird die neue Medizinische Hochschule einen eigenständigen Hochschulvertrag erhalten.

- Wir wollen, dass die Charité sich in Zukunft auf Spitzenmedizin konzentrieren kann. Dazu werden wir die Aktivitäten der Charité in der Grund- und Regelversorgung auf andere Krankenhäuser übertragen.
- Das Auftreten von Fällen mit mehrfachresistenten Bakterien werden wir systematisch und zentral erfassen, um Risiken für Patienten zu verringern und hygienische Standards zu verbessern.
- Wir wollen, dass Lehrtätigkeiten von ärztlichem Personal in Dienstplänen und Personalschlüsseln adäquat berücksichtigt werden, damit Lehrende Zeit für gute Lehre erhalten. Dies gilt gleichermaßen für Praxisanleiter, welche Pflegekräfte ausbilden und anleiten.
- Wir wollen Medizinstudenten besser in klinische Abläufe einbinden, damit schon früh ausreichend praktische Erfahrung mit Patientenkontakten gesammelt werden kann. Einen Missbrauch von Studenten für unbezahlte stationäre Hilfsarbeiten auf personell ausgebluteten Stationen werden wir konsequent beenden.



Gesundheitswirtschaft

Wir wollen unsere Stadt als forschungs- und innovationsfreundlichen Standort mit exzellenten Bedingungen im internationalen Umfeld weiter etablieren. Kooperation und funktionierende Netzwerke sind die Voraussetzung für eine prosperierende Gesundheitswirtschaft.

- Wir benötigen eine kürzere Fristenbindung der Ethik-Kommission. Die Ethik-Kommission darf Innovationen nicht durch Entscheidungsverzögerung verschleppen.
- Ein weiteres Abwandern von Fachkräften muss unbedingt verhindert werden! Die Gründe, die zur Abwanderung führen, müssen erkannt und abgeschafft werden. Wir werden abwandernde Fachkräfte systematisch nach ihren Gründen befragen, um die Arbeitsbedingungen in Berlin zu verbessern.
- Wir wollen eine jährliche Messe der entwickelnden Unternehmen und Institutionen, die zur Vernetzung der öffentlichen Stellen und der Gesundheitswirtschaft und der Netzwerkbildung der Akteure untereinander beiträgt.
- Wir werden dafür sorgen, dass die Qualität der gesundheitsbezogenen Dienstleistungen ständig gemessen und bewertet wird. Zu diesem Zweck werden wir in Berlin einen Forschungsschwerpunkt „Methoden- und Versorgungsforschung“ aufbauen.

Ärztliche Versorgung und Öffentlicher Gesundheitsdienst

- Berlin setzt sich in der Gesundheitsministerkonferenz für die Erstellung eines nationalen Pandemieplans ein, damit Überreaktionen wie bei der „Schweinegrippe“, die die Bevölkerung verunsichern und kostspielig sind, künftig unterbleiben.
- Die HIV-Prävention werden wir durch Präventionsarbeit in Schulen, Jugendeinrichtungen, Sportvereinen und anderen Institutionen stärken. Die Stigmatisierung Betroffener muss weiter abgebaut werden.
- Wir werden dafür sorgen, dass die Freiheit des Arztberufes und die Unabhängigkeit ärztlichen Handelns nicht länger zur Disposition gestellt werden. Nur eine Vielfalt von Organisationsformen und Trägerschaften der ambulanten Versorgung und mehr Flexibilität für Ärzte gewährleisten eine rationale Ressourcennutzung, geringere Wartezeiten und bessere Qualität für Patienten.
- Die Bedarfsplanung wollen wir deregulieren, um mehr Niederlassungsfreiheit zu gewährleisten.
- Wir werden die Möglichkeit der Sonntagsöffnung von Arzt- und Zahnarztpraxen einführen. Dazu werden wir eine Bundesratsinitiative zur Aufnahme von Arzt- und Zahnarztpraxen in die Liste der Ausnahmen vom Sonntagsarbeitsverbot einbringen.

SOZIALES

Effizienter Mitteleinsatz in Notlagen

Soziale Sicherheit ist unerlässlich für ein Leben in freier Selbstbestimmung. Daher ist das Gewährleisten einer sozialen Absicherung elementarer Bestandteil unseres Verständnisses von Freiheit. Der allumfassende Versorgungsstaat aber, der alles umverteilt und reglementieren will, läuft dem zuwider. Staatliche Unterstützung darf nie zur reinen Almosenverteilung werden, sondern hat stets Hilfe zur Selbsthilfe zu sein, wenn der Einzelne sich nicht mehr selbst helfen kann. Wir unterstützen daher jede Eigeninitiative und jedes gesellschaftliche Engagement, das geeignet ist, Notlagen zu beheben, finanzielle Abhängigkeiten vom Staat zu beseitigen und Eigenverantwortung in Würde zu ermöglichen.

- Wir wollen, dass das Geld, welches wir als

Steuerzahler zur Unterstützung Anderer entrichten, effizient eingesetzt wird. Es muss vor allem den Bedürftigen zugutekommen und darf nicht in der Landesverwaltung oder Trägerlandschaft versickern.

- Wir wollen im Sozialbereich Transparenz und Effizienz fördern, indem wir soziale Leistungen über Benchmarks vergleichbar machen. Wir wollen die Maßnahmen fördern, die die besten Ergebnisse erbringen.
- Das Know-How älterer Menschen wollen wir gezielt nutzen, um ehrenamtliches Engagement weiter auszubauen. Das Miteinander von Haupt- und Ehrenamt werden wir weiter befördern.
- Wir werden die Rahmenbedingungen zur Inanspruchnahme eines Persönlichen Budgets für

Familie, Zusammenleben und Miteinander

Menschen mit einer Behinderung verbessern.

- Werkstätten für behinderte Menschen sollen Menschen mit Behinderungen verstärkt auf die Arbeit im ersten Arbeitsmarkt vorbereiten und dort unterstützend begleiten. Eine Quote von 1% pro Jahr beim Übergang zum Normalarbeitsmarkt zeigt ein Systemversagen.

Sozialmarkt

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass es dringend einer stärkeren Kontrolle der im Sozialmarkt eingesetzten öffentlichen Mittel bedarf („Treberhilfe-Skandal“).

- Wir wollen mehr Transparenz für Politik und Öffentlichkeit durch ein Online-Register und einen Trägeratlas, in dem alle sozialen Dienstleister mit ihren Projekten und den Finanzierungsvolumina verzeichnet sind.
- Wir wollen einen bundesweiten Leistungsvergleich zu Gesamtkosten sozialer Leistungen gegliedert in Verwaltungskosten, Gehälter usw. einrichten.
- Die Ausschreibung von Sozialleistungen werden wir transparenter machen. Wir werden dafür sorgen, dass Leistungen erfolgsorientiert ausgeschrieben werden, um eine nachgelagerte externe Bewertung zu ermöglichen. Erfolg misst sich im Sozialbereich immer an mehr Selbstständigkeit

und Verringerung der Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung.

- Die bestehenden Kontrollmechanismen sind konsequent zu nutzen, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der durchgeführten Maßnahmen sind regelmäßig zu überprüfen.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass die sozialen Träger in einen echten Wettbewerb zueinander gestellt werden. Das Kriterium der „Erfahrung vor Ort“ darf nicht zu einer immerwährenden Marktzugangsbeschränkung für neue Dienstleister werden.
- Der Staat hat die Aufgabe im Sozialsektor eine Bedarfsplanung vorzunehmen, die auf transparenten Kriterien und nicht auf dem Angebot der Trägerlandschaft beruht.

Barrierefreiheit

Barrierefreiheit ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Sie stellt die Benutzbarkeit der Einrichtungen und Medien unserer Stadt für jeden Menschen sicher.

Darum bekennen wir uns zur Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. Wir wollen die öffentliche Infrastruktur, den ÖPNV, öffentliche Kultureinrichtungen und öffentliche Gebäude barrierefrei gestalten. Auch den barrierefreien Zugang zu Medien und Informationen des Landes Berlin wollen wir im Rahmen des Möglichen sicherstellen.

FAMILIE, ZUSAMMENLEBEN UND MITEINANDER

Verantwortungsgemeinschaft im Mittelpunkt

Liberaler unterstützen jede auf Dauer angelegte Verantwortungsgemeinschaft, in der Menschen füreinander einstehen und Verantwortung übernehmen. Unser Begriff von Familie ist: Familie ist dort, wo Kinder sind. Das familiäre Zusammenleben und die Erziehung von Kindern dürfen nicht verstaatlicht werden. Das heißt jedoch nicht, Eltern mit der Verantwortung und den Belastungen alleine zu lassen. Für die FDP gibt es auch eine öffentliche Verantwortung für Kinder und Jugendliche. Neben dem Einsatz der Eltern muss bei Bedarf eine Ergänzung durch pädagogische Angebote und soziale Dienste erfolgen. Eltern müssen in der Erfüllung ihrer familiären Aufgaben gestärkt und unterstützt werden.

Eltern müssen aber auch aktiviert werden. Zahlreiche Studien belegen, dass Kinder aus den so genannten bil-



Familie, Zusammenleben und Miteinander

dungsfernen Elternhäusern nur eine sehr geringe Chance haben, sich ihren Begabungen entsprechend zu entfalten, denn es mangelt an Unterstützungsmöglichkeiten durch die Eltern. Chancengerechtigkeit muss jedoch unabhängig von der Herkunft ermöglicht werden. Deshalb wollen wir die Kitas und Schulen stärken. Elternberatung braucht einen höheren Stellenwert. Die Kita wollen wir deshalb zu einem Bildungs- und Familienzentrum ausbauen.

Wir verteidigen die Rechte gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Wir sorgen für die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnern. Wir brauchen eine gesellschaftliche Kultur der gegenseitigen Achtung, in der für Intoleranz und diskriminierendes Verhalten kein Raum bleibt.

Jugend und Jugendhilfe

Wir setzen uns neben der notwendigen Intervention vor allem für eine Stärkung vorbeugender Maßnahmen ein, die Kinder und Eltern frühzeitig durch Hilfe zur Selbsthilfe erreichen. Ohne Präventionskonzepte kommt Hilfe immer zu spät. Hilfen werden immer teurer, je später sie greifen.

- Die Unterbringung bedürftiger Kinder oder Jugendlicher in einer Pflegefamilie sollte zum Regelfall werden. Die Beherbergung in Kinderheimen kann nur eine Übergangslösung darstellen.
- Hilfen zur Erziehung dürfen in Berlin nicht teurer oder weniger effizient sein als im übrigen Bundesgebiet. Die Vergabe der Mittel muss zielgerichtet gesteuert werden.
- Die inhaltlichen und zeitlichen Angebote der Jugendfreizeitheime sind am tatsächlichen Bedarf der Nutzer auszurichten.

Kinderschutz

Wir wollen Gewalt und Missbrauch an Kindern verhindern, ohne grundsätzlich jeder Familie ein Misstrauen entgegen zu bringen.

- In Problemfällen ist eine frühzeitig aufsuchende, unterstützende Prävention erforderlich, die einen persönlichen, vertrauensvollen, kontinuierlichen Kontakt zu den Eltern herstellt, Überforderungen anspricht und Informationen über die entwicklungsgemäßen Bedürfnisse von Kindern vermittelt.
- Wir wollen Eltern über regelmäßige und enge Zusammenarbeit mit Erziehern und Lehrkräften

aktivieren, damit sie ihren wesentlichen Anteil am Bildungsprozess ihres Kindes besser wahrnehmen können.

- Das Konzept der „Familienhebammen“ für Problemfamilien wollen wir ausbauen, um junge Menschen aktiv für die Wahrnehmung ihrer Verantwortung als Eltern zu qualifizieren.

Frauen und Gleichstellung

Gleichberechtigung ist ein positiver Begriff, der zu denselben Rechten für alle aufruft und im gesellschaftlichen Kontext gleichermaßen Pflichten impliziert. Er fordert Eigenverantwortlichkeit und Selbstbestimmung. Geschlechtsbezogene Diskriminierung ist in einer modernen Gesellschaft nicht akzeptabel. Frauen sind in Spitzen- und Leitungspositionen immer noch unterrepräsentiert, was auch für den Öffentlichen Dienst gilt. Auch verdienen sie bei gleicher Tätigkeit weniger als Männer.

- Wir setzen uns für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit ein.
- Das Problem der Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen beginnt in den unteren Etagen. Daher wirken wir darauf hin, dass gerade dort Frauen gefördert werden und Unternehmen für das Problem der „gläsernen Decke“ sensibilisiert werden.
- Fort- und Weiterbildungsangebote wollen wir auch während der Elternzeit zur Verfügung stellen, um einen Einstieg oder Umstieg nach dem Ende der Elternzeit zu erleichtern.
- Bei gleicher Qualifikation wollen wir in Führungspositionen der landeseigenen Unternehmen Frauen bevorzugt einsetzen.
- Teilzeitangebote wollen wir im öffentlichen Dienst verstärken, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern.
- Die Finanzierung von Frauenhäusern und Zufluchtwohnungen werden wir auf eine verlässliche Grundlage im Landeshaushalt stellen.

Schutz und Gleichstellung homosexueller und transsexueller Menschen

Wir verteidigen die Rechte gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Wir sorgen für die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnern. Wir brauchen eine gesellschaftliche Kultur der gegenseitigen Achtung, in der für Intoleranz und diskriminierendes Verhalten kein Raum bleibt.

- Trotz einer modernen und bunten Stadt ist die Diskriminierung und Gewaltbereitschaft gegenüber homosexuellen und transsexuellen Menschen keine Seltenheit. Homosexuelle und transsexuelle Menschen müssen in der ganzen Stadt angstfrei und gefahrlos leben können. Hierfür müssen Aufklärungskampagnen ausgebaut werden. Dabei muss ein besonderer Blickpunkt auf Bezirke mit einem hohen Anteil von Migranten gelegt werden. Um Gewalttaten angemessen zu begegnen, müssen der Opferschutz ausgebaut sowie Polizei, Justiz und Verwaltung sensibilisiert werden. Der Weg von der Strafanzeige bis hin zum effizienten Opferschutz muss qualifiziert betreut werden.
- Durch die Zusammenarbeit von Gruppen homosexueller und transsexueller Menschen mit anderen sozialen und kulturellen Einrichtungen werden Vorurteile abgebaut. Weitere entsprechende Initiativen von freien Trägern und Vereinen möchten wir ermöglichen.
- Vorurteile können nur durch Aufklärung und Bildung abgebaut werden. Die Berliner Schulen haben weiterhin die Verpflichtung, sich dem Thema „Diversity“ durch Fortbildung des Lehrpersonals zu widmen. Die Thematik der sexuellen Orientierung muss verbindlich in die Lehrpläne der Schulen, beispielsweise in die Fächer Biologie und Sozialkunde integriert werden.

Senioren

Zukünftig werden wir noch mehr als heute auf die Lebenserfahrung und Kompetenzen der älteren Generation angewiesen sein, um den demografischen Veränderungen in unserer Gesellschaft zu entsprechen.

- Das gesellschaftliche Potenzial von Senioren soll stärker aktiviert und genutzt werden. Die Bürgergesellschaft lebt von der Beteiligung aller. Im Bund setzen wir uns flexible Renteneintrittsgrenzen ein, um damit die Selbstbestimmung im Alter zu stärken.
- Alle Gesetze und Verordnungen im Land Berlin wollen wir auf nicht sachgerechte Altersbeschränkungen untersuchen, um sie zu streichen oder anzupassen. Insbesondere die Altersgrenze von 70 Jahren für ehrenamtliche Richterinnen und Richter in der Handels-, Arbeits-, Sozial- und Finanzgerichtsbarkeit wollen wir aufheben.
- Wir werden ein verlässliches System der Mobilitätshilfsdienste einrichten, das gesellschaftliche Teilhabe für Senioren mit Behinderung ermöglicht.
- Wir fordern, dass die Briefwahl für die Wahl zu den Seniorenbeiräten ermöglicht wird. Eine Nachweispflicht stellt dabei insbesondere für die Betroffenen eine nicht zu rechtfertigende Last dar.

INTEGRATION

Eigenverantwortung als Schlüssel liberaler Integrationspolitik

Die meisten Einwanderer und Zugezogenen integrieren sich ganz selbstverständlich in die Berliner Gesellschaft. Diese Menschen bedürfen keiner Einmischung in ihre Lebensführung durch „Integrationsgesetze“. Trotzdem sind in Teilen unserer Stadt Integrationsprobleme real und konkret sichtbar. Um die eingefahrenen Wege der Multi-Kulti-Romantiker auf der einen Seite und der Scharfmacher auf der anderen Seite zu verlassen, bedarf es liberaler Lösungsansätze.

Für uns Liberale müssen alle Menschen grundsätzlich eigenverantwortliche Entscheidungen treffen, selbstverständlich auch Menschen mit Migrationshintergrund. Wir Liberale wollen sie in die gemeinschaftliche Verantwortung für unser Gemeinwesen nehmen. Genauso erwarten



wir von ihnen - wie von allen anderen Bürgern auch - Toleranz gegenüber den verschiedensten Ansichten und Lebensweisen aller Menschen in diesem Land.

Wir wollen für Migranten bessere Chancen eröffnen, aber auch deutlich ihnen gegenüber Erwartungen aussprechen. Berlin braucht qualifizierte Zuwanderer, die zur Entwicklung unserer Stadt einen positiven Beitrag leisten. Wir wollen daher die Zugungskriterien denen klassischer Einwanderungsländer, zum Beispiel Kanadas, angleichen.

- Jeder, der in Deutschland lebt, egal welcher Herkunft, muss die Menschenwürde und die Grundrechte anderer Menschen achten. Unverhandelbar sind für uns die Grundwerte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Hierzu gehören neben der Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz, insbesondere Meinungs- und Religionsfreiheit, die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Achtung gleichgeschlechtlicher Beziehungen. Wir akzeptieren daher weder rassistische Äußerungen noch deutschenfeindliches Verhalten. Unsere Gesellschaft hat als aufnehmende Gesellschaft das Recht, klare Bedingungen zu definieren und diese gegenüber den Einwanderern zu kommunizieren und ihre Erfüllung einzufordern. Genauso wie wir Respekt für Menschen mit anderem religiösen Hintergrund erwarten, fordern wir im Gegenzug Respekt für die offene und tolerante Gesellschaft und deren Ausprägung. Eine solche Kultur der Toleranz muss von allen Menschen akzeptiert werden.
- Mit neuen Zuwanderern wollen wir Integrationsvereinbarungen abschließen. Im Rahmen der Vereinbarung verpflichten sich die Zuwanderer zu eigenen und konkret spezifizierten Integrationsleistungen, wie z. B. innerhalb bestimmter Fristen die deutsche Sprache zu erlernen. Denn Integration ist für uns vor allem anderen eine Bringschuld der Zuwanderer. Im Gegenzug wird sich das Land Berlin verpflichten, Zuwanderern entsprechende Hilfestellungen zu geben, beispielsweise für qualifizierte und kostenfreie Sprachlehreangebote zu sorgen. Die Einhaltung der Integrationsvereinbarung soll Grundlage des Aufenthalts sein, Verstöße werden mit Sanktionen geahndet.
- Das Mittel der Integrationsvereinbarung soll, soweit möglich, auch hinsichtlich der bereits hier lebenden, aber noch nicht integrierten Menschen



Christoph Meyer zu Besuch beim Jüdischen Bildungszentrum Chabad Berlin

im Rahmen der nachholenden Integration als Zielvereinbarung angewendet werden. Dabei werden wir bei den Zuwanderern beginnen, bei denen Integrationsdefizite besonders augenfällig sind und die staatliche Unterstützungsleistungen erhalten.

- Wir werden dafür sorgen, dass die Jobcenter im Rahmen der Eingliederungsvereinbarungen, die sie mit Arbeitslosen abschließen, verstärkt das Erlernen der deutschen Sprache einfordern. Von der Möglichkeit, Zuwanderer zur Teilnahme an einem Sprachkurs zu verpflichten, wollen wir verstärkt Gebrauch machen.
- Wir werden die bereits bestehenden Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Integrationsverweigerern konsequent anwenden. Bei Verweigerung des Sprach- bzw. Integrationskurses werden wir regelmäßig von den gesetzlich vorgesehenen finanziellen und gegebenenfalls aufenthaltsbeendenden Sanktionsmöglichkeiten Gebrauch machen. Zur Durchsetzung von Sanktionen werden wir einen Informationsaustausch zwischen den beteiligten Behörden sicherstellen.
- Die Erwartung der deutschen Gesellschaft, dass Einwanderer schnellstmöglich die deutsche Sprache beherrschen, muss soweit wie möglich verdeutlicht werden. Wir werden dazu auch die Berliner Behörden anhalten. Beispielsweise soll die Erledigung von alltäglichen Behördengängen grundsätzlich nur in der Amtssprache Deutsch möglich sein.
- Gerade in jungen Jahren müssen Grundlagen für eine erfolgreiche Integration geschaffen werden. Wir werden daher sicherstellen, dass Kindergärten und Schulen integrative Aufgaben erfüllen.

Nach Vollendung des dritten Lebensjahres werden Sprach- und Entwicklungsstand aller Kinder unabhängig vom Migrationshintergrund untersucht. Sofern Sprachdefizite festgestellt werden, besteht eine Kitapflicht mindestens in den letzten zwei Jahren vor Schulbeginn. Die verbindliche Start-Klasse vor der Einschulung soll allen Kindern gleiche Startchancen ermöglichen. Kinder, die noch nicht die notwendigen Deutschkenntnisse besitzen, müssen daher zunächst Intensivsprachkurse besuchen.

- Bei Schülern, die wiederholt durch rassistisches, antisemitisches, deutschenfeindliches oder sonstiges diskriminierendes Verhalten auffallen, muss der Katalog disziplinarischer Maßnahmen konsequent ausgeschöpft werden.
- Wir werden es nicht hinnehmen, dass viele motivierte Migranten mit Berufs- und Hochschulabschlüssen aus ihren Herkunftsländern durch eine restriktive und intransparente Ausbildungsanerkennung dazu gezwungen werden, soziale Transferleistungen in Anspruch zu nehmen oder geringqualifizierte Tätigkeiten auszuüben. Wir werden uns daher für ein möglichst einheitliches und übersichtliches Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufs- und Hochschulabschlüsse einsetzen, das auch bereits vor der Einreise im Herkunftsland betrieben werden kann. Über entsprechende Anträge muss innerhalb einer Frist von drei Monaten entschieden werden.



- Eine einseitige Bevorzugung von Migrantinnen und Migranten im Öffentlichen Dienst, wie vom rot-roten Senat im Integrationsgesetz vorgesehen, lehnen wir als einseitig diskriminierend ab.
- Wir werden das Vorhaben der liberalen Bundesjustizministerin unterstützen, Zwangsheirat zu einem eigenständigen Straftatbestand zu machen. Ferner werden wir dafür sorgen, dass gefährdete junge Migrantinnen und Migranten frühzeitig über das Problem der Zwangsheirat sowie ihre diesbezüglichen Rechte, aber auch vorhandene

Schutzeinrichtungen aufgeklärt werden.

- Schulen werden wir dabei unterstützen, nach dem Vorbild der Hoover-Realschule durch einen entsprechenden Beschluss von Lehrern, Eltern und Schülern in der Schulkonferenz eine Deutschpflicht auf dem gesamten Schulgelände einführen zu können. Gleichmaßen soll die Schulkonferenz auch ein Kopftuchverbot auf dem Schulgelände beschließen können, um Mädchen bei Bedarf vor sozialer Ausgrenzung zu schützen. Ebenso soll die Schulkonferenz im Bedarfsfall auch das Tragen einer einheitlichen Schulbekleidung beschließen können, um soziale Ausgrenzung zu vermeiden.
- Wir unterstützen bürgerschaftliches Engagement in Patenschafts- und Mentorenprojekten, die besonders geeignet sind, Erfolgsgeschichten der Integration zu ermöglichen, da sie auf Eigeninitiative und Selbstverantwortung aufbauen.
- Wir werden dafür sorgen, dass ausländische Studierende bei erfolgreichem Studienabschluss eine Bleibeperspektive erhalten.
- Auch ausländische Schülerinnen und Schüler sollen mit dem Erwerb des Abiturs unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus zukünftig eine dauerhafte Bleibeperspektive erhalten.
- Wir müssen uns Zuwanderer interessen- und bedarfsorientiert aussuchen können. Die Auswahl soll über ein Punktesystem erfolgen, in welchem Defizite in einem Bereich durch besondere Qualifikationen in einem anderem kompensiert werden können. Der Zuzug von Fachkräften muss unbürokratischer werden. Besonders hochqualifizierte Zuwanderer sollen daher weder einer Vorrangprüfung unterliegen noch ein ganz konkretes Arbeitsplatzangebot nachweisen müssen.
- Einen weiteren Zuzug in die Sozialsysteme lehnen wir ab. Zuwanderer sollen sich grundsätzlich selbst finanzieren. Daher sollen Zuwanderer aus Nicht-EU-Staaten im Regelfall fünf Jahre lang keinen Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung (ALG II) erhalten. Ein Ehegattennachzug soll nicht möglich sein, wenn der in Deutschland lebende Ehepartner innerhalb der vergangenen drei Jahre Leistungen der Grundsicherung bezogen hat.
- Wir wollen doppelte Staatsbürgerschaften ermöglichen und die bestehende Optionslösung abschaffen. Ein kommunales Wahlrecht zu den Bezirksverordnetenversammlungen für Nicht-EU-Bürger lehnen wir ab.

SPORT

Sport leistet einen großen Beitrag zur Gesundheit, Integration und Vermittlung sozialer Kompetenzen. Wir wollen die Rahmenbedingungen für Breiten- und Leistungssport besonders für Kinder und Jugendliche verbessern. Wir wollen eine langfristige und vorausschauende Sportstättenentwicklung. Die Förderung von Vereinssport ist nach liberalem Verständnis eng verbunden mit der Stärkung des Ehrenamtes. Vor allem in den kleinen Vereinen ist der Einsatz der Freiwilligen unabdingbar. Wir wollen die notwendigen Anreize schaffen, damit Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin ehrenamtlich tätig bleiben können.

- Wir wollen eine engere Kooperation zwischen Schulen und Sportvereinen ermöglichen. Sport soll in den Schulalltag integriert werden.
- Beim Schwimmunterricht müssen die vorhandenen Ressourcen durch Kooperation mehrerer

Schulen mit Bäderbetrieben und Schwimmvereinen besser genutzt werden. Jedes Kind muss Schwimmen lernen, um Badeunfällen vorzubeugen.

- Wir wollen vorhandene Sportanlagen für den Sport besser nutzen. Dazu werden wir ein Online-Portal für die Nutzung von Sportanlagen einrichten und Schulhöfe und Sportanlagen auch außerhalb der Schulzeiten für sportliche Aktivitäten zur Verfügung stellen.
- Wir wollen, dass die Bäderbetriebe wirtschaftlich arbeiten. Die hohen Subventionen durch alle Steuerzahler an die Bäderbetriebe sind auf Dauer nicht tragbar. Daher werden wir die Übertragung der Bäder an private Pächter und die Auslastung der bestehenden Standorte prüfen.

VERBRAUCHERSCHUTZ

Beim Verbraucherschutz steht der mündige Bürger im Mittelpunkt. Statt ihn ständig zu bevormunden, wollen wir, dass der Verbraucher in die Lage versetzt wird, informierte und bewusste Kaufentscheidungen in Eigenverantwortung zu treffen. Staatliche Kontrollen müssen Mindeststandards sicherstellen und gezielt und wirksam wettbewerbliche Prozesse befördern.

- Den elitären Verbraucherschutzansatz der Grünen lehnen wir ab. Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit müssen über den

Bio-Supermarkt hinaus auch für die Menschen gewährleistet sein, die aufgrund ihres niedrigen Einkommens auf preiswerte Lebensmittel angewiesen sind.

- Wir werden die Möglichkeiten der Verbraucherinformationen weiter ausbauen und bestehenden Institutionen ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.
- Die Ausstattung und Anzahl der Kontrolleure in Berlin werden wir entsprechend den realen Anforderungen erhöhen.

KULTUR

Die FDP schützt die Freiheit der Künste. Alle Kunst ist zunächst Selbstwert und Ausdruck der Selbstvergewisserung des Menschen. Die Kunst trägt damit wesentlich zur Identitätsbildung des Einzelnen wie auch der ganzen Gesellschaft bei, wodurch sie ihr einen unverzichtbaren Dienst für die kulturelle Entwicklung erweist. Die Gesellschaft tut daher gut daran, die Entfaltung von Kunst und Kultur zu unterstützen. Ihr besonderes Augenmerk muss dabei der kulturellen Bildung gelten, damit die Verständigung über Generationen hinweg nicht abbricht.

Darüber hinaus beinhalten Kunst und Kultur auch eine ökonomische Dimension, die insbesondere in Berlin eine

wichtige Rolle spielt. Die ungebrochene Anziehungskraft Berlins gründet neben den historischen Spuren der wechselvollen deutschen Vergangenheit auch in der lebendigen Kultur- und Kreativszene. Jeder Besuch von Touristen, jeder Zuzug von Menschen und Unternehmen nach Berlin hat auch mit Berlins Ausstrahlung als Kultur- und Kreativmetropole zu tun.

Doch nicht nur Besucher nehmen die Stadt vor allem als Kulturstadt wahr, sondern auch die Berliner selbst nutzen das kulturelle Angebot in überdurchschnittlichem Maß. Dies verschafft der Stadt ein attraktives Alleinstellungsmerkmal. Es gilt, mit diesem Pfund zu wuchern.

Staatsausgaben für Kultur dürfen daher nicht als bloße Alimentierung des kulturellen Lebens betrachtet werden. Sie sind zugleich eine Investition in Bildung und investive Ausgaben für Tourismus- und Wirtschaftsförderung. Diese Investitionen zahlen sich durch eine Imagesteigerung Berlins mit allen positiven wirtschaftlichen Folgen für die Stadt aus.

Kulturförderung

Daher ist die weitere Stärkung des Kulturlebens für Berlin dringend notwendig. Die öffentlichen Mittel müssen intelligent und verantwortungsvoll eingesetzt werden und Planungssicherheit schaffen. Hierfür braucht Berlin ein klares Konzept, das bestimmt, was und auf welche Weise gefördert werden soll. In diesem Sinne sind zunächst die bisherigen Fördermodelle zu evaluieren.

Wir wollen uns mit einer institutionalisierten Förderung des Status Quo nicht zufriedengeben. Denn Kultur ist im liberalen Verständnis eine dynamische Größe. Die öffentlichen Institutionen müssen stärker in die Lage versetzt werden, sich neuen künstlerischen Horizonten zu öffnen. Andererseits erachten wir unabhängige Initiativen außerhalb des angestammten Spektrums als interessant und förderwürdig. Hier kommt es auf eine kluge Kombination der Mittel an – in einem lebendigen dynamischen Fördersystem, das das Entstehen des künstlerisch Neuen ermöglicht:

- Der Maßstab für eine Förderung kann nur die kulturelle Qualität sein. Hierzu gehören neben dem künstlerischen Wert auch Parameter wie Einzigartigkeit, innovative Kraft und Förderung der Imagebildung Berlins. Künstlerische Freiräume können nur durch flexible Rahmenbedingungen geschaffen werden. Hierzu gehört auch, überlebte Institutionen zur Disposition zu stellen.
- Zu einer lebendigen Kulturförderung gehört auch die Steigerung des Anteils privater Mittel. Bei öffentlich geförderten Häusern sollen private Mittel die staatliche Grundfinanzierung ergänzen, nicht ersetzen. Abrupte Reduzierungen der öffentlichen Mittel nach dem Einwerben substantieller Spenden mindern den Anreiz zur Unterstützung. Private Spender und Unterstützer müssen sich z.B. in einem erweiterten oder verbesserten Programmangebot ihres Hauses wiederfinden können. Zudem müssen die Häuser und die Kulturpolitik dafür Sorge tragen, dass privates

Engagement öffentlich gewürdigt wird.

- Weiterhin ist der Anteil in privater Trägerschaft befindlicher und unternehmerisch geführter Kultureinrichtungen steigerbar. Das gilt für viele im Markt befindliche Sparten wie Boulevardtheater, Operette und Musical, die nicht nach dem teuren öffentlichen Repertoiresystem arbeiten müssen. Hier ist eine Finanzierung durch den Kulturhaushalt genauestens zu überprüfen, damit sie nicht marktverzerrend wirkt.

Folgende konkrete Maßnahmen wollen wir umsetzen:

- Die Struktur der Berliner Opernstiftung werden wir überprüfen und ggf. entflechten. Ziel ist es, exzellente Opernhäuser mit internationaler Ausstrahlung in Berlin zu haben.
- Wir wollen kulturelle Einrichtungen, die das Potenzial haben, sich finanziell selbst zu tragen, wie z.B. den Friedrichstadtpalast, dazu ermutigen. Subventionen werden wir dann stufenweise zurückführen.
- Wir brauchen ein zentrales Bibliothekskonzept für Berlin, das die faire Teilhabe aller Bürger ermöglicht.
- Wir wollen eine Fortschreibung des Gedenkstättenkonzepts: Forschung zur Aufklärung der Vergangenheit und Vermittlung der Geschichte mit stimmigen pädagogischen Konzepten im Hinblick auf die universelle Menschenrechtsbildung ist unser Ziel.
- Im Blick auf die großen, öffentlich finanzierten Kultureinrichtungen Berlins wollen wir die Zuordnung als Bundes- oder Landesaufgabe überdenken und ggf. in entsprechende Verhandlungen mit dem Bund über eine eindeutige und vollständige Zuordnung treten.
- Das Humboldtforum ist das bedeutendste kulturelle Bauvorhaben in Berlin. Wir wollen das Humboldtforum auf dem Berliner Schlossplatz zügig realisieren. Deshalb wollen wir den Berliner Landesanteil an den Baumitteln schnell zur Verfügung stellen, damit die Arbeiten beginnen können.
- Das Kulturforum Tiergarten wollen wir durch eine städtebauliche Aufwertung stärken. Die Reserveflächen am Kulturforum betrachten wir als Chance für zukunftsweisende Architektur und wollen sie im Falle von Museumsneubauten vorrangig nutzen.

- Für die Liegenschaften der Dahlemer Museen werden wir ein Nachnutzungskonzept entwickeln. Kurzfristig werden wir die Bestände vor dem Verfall sichern.
- Wir unterstützen die Stiftung Preußischer Kulturbesitz in ihrem Bemühen, den Hamburger Bahnhof wieder stärker auf die junge zeitgenössische Kunst zu fokussieren.
- Den Bau und Unterhalt einer öffentlich finanzierten Kunsthalle werden wir nicht unterstützen.
- Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz wollen wir in ihren Bemühungen unterstützen, private Kunstsammlungen nach Berlin zu holen.

Kulturelle Bildung

Kulturelle Bildung muss vielfältig sein und frühzeitig beginnen, um schon Kindern künstlerische Ausdrucksformen nahezubringen. Insofern ist kulturelle Bildung Voraussetzung für die Zukunft der Kulturlandschaft Berlins. Künstlerische und musikalische Betätigung bereichern sowohl die individuelle Persönlichkeitsentwicklung als auch die Gesellschaft als Ganzes in vielfältiger Hinsicht.

Folgende konkrete Maßnahmen wollen wir umsetzen:

- Wir wollen, dass Kunst- und Musikunterricht an Schulen von ausgebildeten Fachlehrern erteilt wird.
- Wir wollen Ausstattung und Status von Musikbibliotheken in ihrer Eigenart gegenüber den Bibliotheken, an die sie angeschlossen sind, stärken.
- Die Musikschulen sollen zukünftig eingeworbene und erzielte Mittel vollständig in ihrem Haushalt behalten.
- Wir werben dafür, dass das Projekt „Jedem Kind sein Instrument“ mit Hilfe privaten Engagements ermöglicht wird.

Kreativwirtschaft

Kultur- und Kreativwirtschaft meint die Märkte von Architektur, Design, Werbung, Musik, Film, Rundfunk, Bildender und Darstellender Kunst, Print- und Onlinemedien. All dies sind Bereiche, in denen ästhetische und ideelle Werte gleichrangig neben wirtschaftlichem Nutzen stehen. Die konsequente Nutzung dieses Potenzials ist entscheidender Impuls für die Stärkung der Metropole Berlin.

Kulturschaffende brauchen den effektiven und konsequenten rechtlichen Schutz der eigenen kreativen Leistung. Dies ist für die Kreativ-Stadt Berlin besonders

wichtig. Die FDP spricht sich dafür aus, den Schutz des geistigen Eigentums auch in der digitalen Welt durchzusetzen. Dafür muss sich das Land Berlin einsetzen.

Dazu streben wir folgende konkrete Maßnahmen an:

- Wir wollen die Kreativwirtschaft als wichtigen Wirtschaftsfaktor für Berlin, der das offene und kreative Klima der Stadt prägt, durch Entbürokratisierung entlasten.
- Wir wollen das Bundesprogramm „Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung“ verstärkt für Berliner Unternehmer nutzbar machen.
- Wir wollen, dass datenschutzrechtlich zulässige technische Möglichkeiten zur Feststellung von Urheberrechtsverletzungen und Identifizierung von Urheberrechtsverletzern konsequent genutzt werden, wenn andernfalls keine Feststellung bzw. Identifizierung möglich ist.

Medien

Für uns Liberale bilden die Medienfreiheit und Staatsferne der Medien auch in den Aufsichtsgremien die Grundlage unserer Politik, ob unter dem Stichwort Meinungsfreiheit oder gegen jegliche Zensur. Wir wollen diese Grundsätze als Voraussetzung unserer pluralistischen Gesellschaft auch auf die neuen Medien ausweiten.

Im Einzelnen bedeutet das:

- Wir müssen die Kompetenz aller Bürger, vom Schüler bis zum Senioren, im Umgang mit den verschiedenen Medienformen durch Bildungs- und Fortbildungsangebote stärken.
- Ein freier Zugang zum Internet ist unverzichtbar, um jedem Bürger gleiche Kommunikations- und Zukunftschancen zu eröffnen.



INDEX

A

A 100 22
Abfallentsorgung 35
Abgabenlast 6, 18
Abitur 11
Abstimmungstermine 32
Abwasser 18, 35
Adhäsionsverfahren 35
Ansiedlungsförderung 16
Anzeigeverfahren 28
Arbeit 8, 15, 19, 28, 32, 38, 39
Arbeitsbedingungen 11, 12, 37
Arbeitslosigkeit 6
Arbeitsmarkt 13
Arbeitsmarktpolitik 19
Arbeitsplätze 15, 16, 17, 20
Arbeitszeitregelung 12
Aufgaben 10, 11, 13, 25, 28, 29, 34, 38, 41
Aufgabenkritik 28
Ausbildung 12
Ausbildungsanerkennung 42
Außerschulische Bildung 12

B

Barrierefreiheit 23, 38
Bedarfsplanung 37, 38
Belastungen 18, 22, 38
Benachteiligung 11
Berliner Vergabegesetz 15, 17
Berufsausbildung 12
Berufsberatung 11
Berufsorientierung 11, 12
Beschäftigungsprogramme 26
Beschäftigungssektor 19, 26
Beschränkungen 17
Betreuung 9, 35
Betreuungsqualität 8
Bildung 8, 9, 12, 13, 14, 19, 29, 30, 34, 40, 43, 44, 45
Bildungspolitik 7, 8, 9
Bildungssystem 8
Bleibeperspektive 42
Bürger 2, 6, 13, 18, 19, 22, 24, 26, 28, 30, 31, 32, 33, 34, 42, 43, 44, 45
Bürgerentscheide 29, 32
Bürgerrechte 30
Bürokratie 12

Bürokratieabbau 15, 27

C

Chancengerechtigkeit 8, 39
Charité 14, 36
CityTax 18

D

Daseinsvorsorge 18, 19
Datenschutz 31
Demokratie 18, 32
Dienstleistungen 13, 15, 16, 24, 28, 37
Direkte Demokratie 32
Diskriminierung 39, 40
Diversity 40
Duale Ausbildung 12

E

Effizienz 19, 25, 28, 29, 37
Ehrenamt 37, 40, 43
Eigenverantwortung 6, 9, 10, 13, 15, 37, 40, 43
Einkommen 21
Einsparungen 26
Elektromobilität 23
Eltern 8, 9, 10, 38, 39, 42
Energiekonzept 24
Energieversorgung 24
Engagement 6, 10, 15, 16, 37, 42, 44
Entfaltung 13, 15, 22, 43
Entgelte 18
Entwicklung 15, 20, 22, 41, 43
Entwicklungspotenziale 20
Erfolg 15, 38
Ethik-Kommission 37
Extremismus 30

F

Fachkräfte 17, 37
Fachkräftemangel 12, 17
Fähigkeiten 6, 12
Familie 38, 39
Familienhebammen 39
Feinstaubbelastung 35
Feuerwehr 30
Finanzierung 10, 13, 39, 44
Flächenbevorratungspolitik 19
Flächenmanagement 20
Flughafen 18, 22

Flugrouten 22

Flugverbindungen 18
Förderung 8, 9, 10, 11, 12, 17, 21, 43, 44
Forderungsmanagement 26
Fortbildung 33, 35, 40
Fortbildungsangebote 11, 45
Frauen 39
Freiheit 2, 6, 8, 10, 12, 29, 30, 31, 36, 37, 43
Freiheitsrechte 29
Frühwarnsystem 33

G

Genehmigungsverfahren 28
Generationen 11, 25, 27, 43
Generationengerechtigkeit 25
Gentrifizierung 20
Gesellschaft 15, 29, 39, 40, 41, 43, 45
Gesetze 28, 40
Gesundheit 16, 36, 43
Gesundheitsleistungen 36
Gesundheitsversorgung 36
Gesundheitswirtschaft 16, 36, 37
Gewalt 34, 35, 39
Gewerbe 15, 20
Gewerbsteuer 18
Gleichberechtigung 39, 41
Gleichstellung 39
Glücksspiel 20
Green Economy 16
Gründerhaus 16
Gründerleitfadens 16
Grunderwerbsteuer 18
Grundrechte 29, 30, 41
Grundrechtsschutz 31
Grundsteuer 18
Grundwasserentnahmeentgelt 35
Grüne Welle 22
Gymnasium 7, 8, 9, 11

H

Handeln 28, 29
Handelskammer 18
Handwerk 16
Handwerkskammer 18
Haushalt 10, 18, 19, 25, 45
Haushaltskonsolidierung 19
Hochschule 11, 13, 14, 36

I

Immobilieigentümer 18
Immobilienwirtschaft 19
Impulse 16
individuelle Förderung 8, 9, 10, 11
Industrie 15, 18, 20
Industrie- und Handelskammer 18
Infrastruktur 15, 20, 38
Integration 10, 40, 41, 42, 43
Integrationspolitik 6, 40
Internet 28, 31, 45
Intoleranz 30, 39
Investitionen 14, 19, 44

J

Jobcenter 19, 41
Jugend 39
Jugendhilfe 34, 39
Jugendschutz 20
Jugendstrafe 33
Justiz 33, 40

K

Kinder 7, 8, 9, 10, 11, 31, 33, 34, 38, 39, 42, 43
Kinderbetreuung 25
Kinderschutz 39
Kinder- und Jugendkriminalität 33
Kita 8, 9, 39
Klimaschutzgesetz 15, 24
Klimawandel 35
Konkurrenz 19
Korruptionsbekämpfung 32
Kosten 10, 15, 18, 22, 33
Krankenhäuser 36
Krankenhauslandschaft 36
Kreativwirtschaft 15, 16, 45
Kultur 7, 39, 41, 43, 44, 45
Kulturelle Bildung 45
Kumulieren 32

L

Ladenöffnungszeiten 18
Lebensqualität 22, 35
Lehrerausbildung 11
Leistung 7, 8, 17, 27, 29, 45
Leistungserschleichung 25
Leistungsfähigkeit 8, 14, 17

- Leistungsgerechtigkeit 9, 10
 Life-Science-Campus 36
- M**
- Mangelverwaltung 27
 Markt 19, 32, 44
 Marktwirtschaft 15
 Medien 16, 38, 45
 Medienfreiheit 45
 Meinungsfreiheit 45
 Menschenrechte 30
 Menschenwürde 2, 41
 Metropolregion 17, 28
 Mieter 15, 18, 21
 Mietermarkt 21
 Mietsenkungen 21
 Migrationshintergrund 16, 17, 40, 42
 Missbrauch 31, 36, 39
 mittelstandsfreundlich 17
 Mobilität 13, 22
- N**
- Nichtraucherschutzgesetz 15
- O**
- Öffentliche Hand 17, 19
 Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor (ÖBS) 26
 Öffentlichkeit 16, 38
 Opferschutz 35, 40
 ÖPNV 23, 25, 38
 Organisation 10, 11, 19, 36
 Outputorientierung 28
- P**
- Panaschieren 32
 Parkraumbewirtschaftung 22
 Pendlerverkehr 23
 Polizei 30, 31, 33, 35, 40
 Privatisierung 19
 Privatsphäre 29, 31
- Q**
- Qualität 8, 9, 11, 17, 26, 36, 37, 44
- R**
- Rahmenbedingungen 6, 7, 9, 15, 33, 37, 43, 44
 Rechtsschutz 33
 Rechtsstaat 33
 Reformen 8, 9
 Religionsfreiheit 41
 Ressourceneinsparung 24
- S**
- Sanierung 15, 24, 25
 S-Bahn 6
 Scheinprivatisierung 19
 Schulabgänger 12
 Schulbildung 7, 9
 Schulden 25, 29
 Schuldenbremse 25
 Schulgemeinschaft 11
 Schulmanagement 10, 11
 Schwarzarbeit 25
 Selbstständigkeit 10, 38
 Senat 6, 20, 22, 32, 34, 35, 42
 Senioren 40, 45
 Sicherheit 22, 29, 37
 Smart grids 24
 Sonntagsarbeitsverbot 37
 Sozialleistungen 38
 Sozialmarkt 38
 Sport 43
 Sportstättenentwicklung 43
 Sprache 18, 41
 Staat 2, 6, 7, 13, 19, 29, 37, 38
 Staatsbürgerschaften 42
 Stadtentwicklung 20
 Stadtgeschichte 20
 Stadtplanung 16
 Stagnation 20
 Status Quo 20, 44
 Steuerbelastung 6
 Steuerhinterziehung 25
 Steuern 15, 18, 25
 Steuerung 29
 Steuerzahler 27, 32, 37, 43
 Strafmündigkeitsalters 34
 Strafvollzug 34
 Straßenreinigung 18, 35
 Straßenreinigungsgesetz 15
 Strom 24
 Strukturwandel 17
 Studienangebot 14
 Subventionen 43, 44
 Suchtprävention 20
- T**
- Toleranz 40, 41
 Tourismus 18, 44
 Touristen 18, 43
 Trägerschaft 9, 10, 14, 19, 36, 44
 Transparenz 10, 18, 32, 33, 37, 38
- U**
- Überwachungsstaat 29
 Umweltbildung 35
 Umweltfreundlichkeit 22, 24
 Umweltpolitik 35
 „Umweltzone“ 15, 22, 35
 Universitäten 8, 11
 Universitätsmedizin 14, 36
 Unterfahrschutz 23
 Unternehmen 6, 11, 13, 15, 16, 17, 18, 19, 22, 24, 26, 28, 32, 37, 39, 43
 Unternehmertum 16
 Unterricht 10, 11
- V**
- Vandalismus 21
 Verantwortung 8, 10, 15, 19, 28, 38, 39, 40
 Verantwortungsgemeinschaft 38
 Verbraucherschutz 43
 Vereinssport 43
 Verfassung 18, 29
 Vergabekriterien 17
 Verkehrsinfrastruktur 22
 Verkehrssystem 22
 Vernetzung 12, 17, 37
 Verordnungen 21, 28, 40
 Verschwendung 26
 Versorgungssicherheit 24
 Verwaltung 6, 15, 17, 19, 25, 27, 28, 32, 40
 Verwaltungsreform 28
 Vielfalt 8, 9, 10, 12, 24, 35, 37
 Vorratsdatenspeicherung 31
- W**
- Wachstum 14, 15, 16, 17, 20, 22, 25
 Wahlrecht 32, 42
 Wasser 18, 35
 Wasserpreise 19
 Wettbewerb 6, 7, 8, 9, 10, 17, 18, 19, 22, 23, 24, 27, 28, 32, 35, 38
 Wettbewerbsfähigkeit 18
 Wirtschaft 12, 14, 15, 20, 25, 32
 Wirtschaftlichkeit 17, 24, 38
 Wirtschaftsförderung 29, 44
 Wirtschaftspolitik 15, 25
 Wirtschaftswachstum 18
 Wohlstand 15
 Wohneigentum 21
 Wohngeld 21
 Wohnungsbau 21
 Wohnungsversorgung 21
- Z**
- Zensur 45
 Zukunft 7, 17, 24, 25, 27, 32, 35, 36, 45
 Zukunftsfähigkeit 12, 20, 25
 Zusammenarbeit 8, 17, 35, 39, 40
 Zwangsgebühren 18

DIE NEUE **FDP**
Wahlfreiheit **Berlin**

Freie Demokratische Partei

Landesverband Berlin
Dorotheenstraße 56, 10117 Berlin

Telefon: 030 27 89 59 - 0
Fax: 030 27 89 59 - 17
E-Mail: fdp-berlin@fdp.de

fdp-berlin.de